

Der Zimmerer.

Organ des Verbandes deutscher Zimmerleute (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 2 in Hamburg).

Erscheint wöchentlich Sonnabends.

Preis pro Quartal ohne Bestellgeld Mk. 1,50. Anzeigen: die dreispaltige Zeile oder deren Raum 30 Pf., für Versammlungsanzeigen 10 Pf. pro Zeile.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: A. Bringmann, Hamburg. Redaktion, Verlag und Expedition: Hamburg-Barmbeck, Fehlestraße 28, I.

Nr. 15.

Hamburg, den 14. April 1894.

6. Jahrgang.

Inhalt: Die Ausbreitung unserer Organisation. — Das Strafrecht vom Standpunkte der unteren Volksklassen aus. — Zum Krankenkassenwesen. — Aus dem Hungerparadies Sizilien. — Berichte. — Bericht von der Landeskonferenz der Zimmerer Sachsens. — Sozialpolitisches. — Gewerkschaftliches und Lohnbewegung. — Gerichtliches. — Vermischtes. — Literarisches. — Bekanntmachungen der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer. — Briefkasten der Redaktion. — Feuilleton.

Lohnbewegung.

Der Bezug ist fernzubalten von **Danzig, München, Rahlstedt, Sternberg i. M., in Wandsbek** vom Koch'schen Plage und von **Wittenberge.**

Aufforderung.

Wir ersuchen alle diejenigen Kameraden, an welche wir zu Anfang dieses Jahres das statistische Material, als Fragebogen und Karten, gefandt haben, die Karten so viel als irgend möglich von den einzelnen Kameraden wieder einzufammeln und diese mit den ausgefüllten Fragebogen baldigst an uns einzusenden, damit die Zusammenstellung beginnen und das Resultat Siedem zugänglich gemacht werden kann.

Um nicht unnützes Strafporto zahlen zu müssen, bemerken wir, daß die ausgefüllten Bogen und Karten nicht als Drucksache unter Kreuzband gefandt werden dürfen, sondern die Sendungen müssen als Brief frankirt sein und können nur 3 Karten für 10 Pf., aber bis zu 70 Stück für 20 Pf. geschickt werden. Sind aber mehr wie 70, bis 140 Karten, vorhanden, so sind 2 Briefe zu senden. Ueber 140 Karten würden wir empfehlen als Packet zu schicken.

Der Verbands-Vorstand.

S. A.: Fr. Schrader,
Hamburg-Barmbeck, Fehlestr. 28, I.

Die Ausbreitung unserer Organisation.

Nachdem der Winter überstanden ist und auf den Bauplätzen sich wieder Kameraden zusammenfinden, wollen wir nicht unterlassen, an die Ausbreitung unserer Organisation zu erinnern. Für dieselbe muß in diesem Jahr entschieden mehr gethan werden, als in den letzten Jahren gethan worden ist, und zwar haben wir hierbei nicht etwa die Zentralstelle des Verbandes im Auge, sondern alle organisirten Kameraden müssen sich die Agitation angelegen sein lassen; sie müssen alle mehr für die Ausbreitung der Organisation thun. An Stelle des ewigen Klagens über schlechte Verhältnisse muß den Klägern offen und dreist in's Gesicht gesagt werden, daß an den traurigen Verhältnissen nicht in letzter Linie die mangelhafte Organisation im Allgemeinen mit schuld ist. Man muß den Fernstehenden ganz einfach sagen, daß sie mit die Ursache der Misere bilden, in der wir uns Alle befinden. Die fortwährenden Entschuldigungen dieser Blaupfeifer müssen endlich einmal aufhören, sonst wird es im ganzen Leben nicht besser. Denn es ist ganz klar, wenn die besten Kameraden fortwährend erklären, daß die Zeiten zu schlecht, die Einkommen zu geringe sind, um eine Organisation zu unterhalten, dann braucht man die Indifferenten

erst garnicht zu fragen, warum sie uns fernstehen. Vergesse man gefälligst nicht, daß wir nur dann auf Abhülfe dieser traurigen Verhältnisse rechnen können, wenn wir uns selbst helfen; daß wir immer tiefer in den Sumpf sinken, wenn wir Alles ruhig hingehen lassen, weil wir uns selbst eingeredet haben, wir könnten daran doch nichts ändern. Verloren sind wir dann, wenn wir uns selbst verloren erklären, wenn wir nicht den Muth besitzen, für die Aufbesserung unserer Lage einzutreten.

Uns giebt aber auch noch eine andere Erscheinung Anlaß, auf die Ausbreitung unserer Organisation hinzuweisen. Fast jede Woche kommen nämlich Gesuche, daß wir im „Zimmerer“ vor Bezug nach diesem oder jenem Orte warnen möchten, weil dort die Unternehmer Lohnbrückerien oder sonstige ungünstige Maßregeln beabsichtigen, oder gar, weil Arbeitsmangel an Orte und der Bezug fremder Arbeitskräfte sehr groß ist.

Wir wollen nun nicht etwa Betrachtungen darüber anstellen, ob solche Verlangen gerecht oder ungerecht sind, wir wollen aber hier nachweisen, daß solche Maßnahmen garnichts nützen, bevor sich unsere Organisation nicht über weitere Kreise der Zimmerer Deutschlands erstreckt.

Wir haben schon öfter auf die ganz traurige Thatsache hingewiesen, daß die meisten Zimmerer in Deutschland in dem Glauben leben, man brauche nur dann die Organisation, wenn Aussicht vorhanden ist, daß irgend eine Aufbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchgesetzt werden könne. Daß wir zur Aufrechterhaltung unserer Errungenschaften eine noch bedeutend stärkere, ausgebreitetere Organisation nöthig haben, wird meistentheils vergessen; dies wird oft sogar abgeleugnet, man hört dann sagen: „die Organisation sei den Beitrag nicht werth,“ der gezahlt werden solle. Solche Sünden machen sich dann freilich sehr fühlbar.

Unsere Organisation hat seit ihrem Bestehen in rund 300 Orten Localverbände und etwa 40 000 Mitglieder gehabt, wie wir kürzlich nachweisen. In den allermeisten Orten, und zum Theil weit darüber hinaus, sind dadurch die Lohn- und Arbeitsbedingungen aufgebeßert worden. Diese Erfolge, auf denen Tausende Zimmerer auszuruhen gedachten und darum aus der Organisation austraten, sind aber gleichzeitig Lockmittel für Zimmerer an solchen Orten, wo die Lohn- und Arbeitsbedingungen noch auf einer sehr niedrigen Stufe stehen. Die Unternehmer haben bekanntlich aber auch den Drieb, billige und recht willfährige Arbeiter herbeizuschaffen. Die Entwicklung unserer modernen Verkehrswege, der Eisenbahnen, verwischt alle Grenzen, welche die Zuziehenden früher zu respektiren hatten, und so nimmt das Uebel immer größere Dimensionen an.

Diese Erscheinungen sind übrigens schon in den Zeiten mit flotter Bauhätigkeit beobachtet worden, und wenn dieselben heute bei flauer Bauhätigkeit noch schärfer hervortreten, dann liegt das mit an der größeren Konkurrenz, welcher die Unternehmer unterworfen sind, und an dem Ueberwuchern des sogenannten „Speckgesellenwesens“, das von sehr vielen Polieren,

in allen Großstädten kann man sagen, betrieben, heute schon einen größeren Einfluß übt, als vermuthet wird. Der Umfang des Zuzugs braucht also garnicht einmal größer zu sein wie sonst, und trotzdem kann sich derselbe fühlbarer machen. Hier würde aber eine gute Organisation verhältnißmäßig leicht Abhülfe schaffen.

Daß sich unsere Organisation zur Aufbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bewährt hat, wissen wir schon; daß dieselbe zur Aufrechterhaltung dieser Errungenschaften noch nicht genügt, sollte auch außerdem mindestens jedem Verbandsmitgliede bekannt sein. Indessen wollen wir hier nochmals kurz diesbezügliche Daten folgen lassen.

Nach den letzten statistischen Erhebungen sind ungefähr 5 Prozent aller Zimmerer organisiert, das ist gegenüber mancher anderen, womöglich größeren Organisation, immer noch ein gutes Verhältniß; zu unserem Zwecke aber ist die Zahl zu gering. Nach unserer letzten Abrechnung vertheilen sich die Verbandsmitglieder auf 169 Orte, die keineswegs gleichmäßig, sondern höchst ungleichmäßig über Deutschland vertheilt sind. Die Verbandsmitglieder bilden — wenn wir unsere Erhebungen von 1891 zu Grunde legen — etwa 30 Prozent aller an diesen 169 Orten beschäftigten Zimmerer. Und auch dabei muß hervorgehoben werden, daß an manchen Orten bedeutend mehr — sogar bis 95 Prozent — und an anderen Orten erheblich weniger Kameraden als im Durchschnitt organisiert sind.

Hieraus geht klar und deutlich hervor, daß wir auf die allergrößte Masse Zimmerer noch gar keinen Einfluß besitzen. Wir besitzen nicht einmal allerwärts da genügend Einfluß, wo Localverbände bestehen. Dies sollte sich jeder organisirte Zimmerer Deutschlands einprägen und nun mit Hand anlegen, damit dieser Umstand sich bessere.

Es giebt also, kurz gesagt, nur das eine Mittel, um die angedeuteten Mißstände zu beseitigen, und das heißt: Ausbreitung unserer Organisation. Und wir sind fest davon überzeugt, daß sich auf diesem Gebiete noch sehr viel wird schaffen lassen, wenn alle organisirten Kameraden zunächst die Sache energisch in die Hand nehmen.

Irgend welche Schablone zur Agitation läßt sich freilich nicht vorschreiben. Jeder Kamerad muß allein erwägen, wie er am besten für unsere Sache Propaganda machen kann. Nur möchten wir noch bemerken, daß sich Niemand dadurch von der Agitation abschrecken läßt, daß vielleicht schon acht bis zehn Versuche, seine Arbeitsgenossen zu bekehren, mißglückt sind; die Versuche müssen trotzdem, vielleicht mit anderen Mitteln, fortgesetzt werden.

Außerdem muß auch im großen Ganzen wieder mehr Augenmerk auf die Agitation, auf die Ausbreitung unserer Organisation verwandt werden. Es müssen die kleinen und sogar kleinlichen Streitereien über Organisationsfragen usw. aus den Versammlungen ferngehalten werden. Es muß der ewigen Nörgelei an bestehenden Einrichtungen der Organisation, oder über gefasste Generalversammlungsbeschlüsse ein

Damm entgegengesetzt werden. Alle Verbandsmitglieder müssen, wie gesagt, einmal ernstlich ihre Kraft dazu verwenden, unsere Organisation auszubreiten, der Erfolg ist dann sicher. So wird es uns gelingen, eine Organisation herzustellen, welche im Stande ist, der Verschlechterung der Verhältnisse entgegenzuwirken.

Das Strafrecht vom Standpunkte der unteren Volksklassen aus.

Vortrag von Dr. Berthold in Hamburg.

I.

Lassalle hat in seinem Arbeiterprogramm, in dem er den Zusammenhang der Idee des Arbeiterstandes mit der besondern Geschichtsperiode, in der wir leben, kurz und schlagend entwickelt, die Geschichte „einen Kampf mit der Natur“ genannt; „mit dem Elende, der Unwissenheit, der Armuth, der Machtlosigkeit und somit der Unfreiheit aller Art, in der wir uns befinden, als das Menschengeschlecht im Anfang der Geschichte auftrat.“

Die fortschreitende Befestigung dieser Faktoren ist ihm: die Geschichte.

Sedenfalls liegt in solchem Kampfe ein gutes Theil der politischen Geschichte und ist gewisse Zeiten vorzugsweise vor anderen ein Fortschritt in diesem Kampfe, ja selbst eine sprunghafte Erhebung auf höhere Stufen der menschlichen Gesellschaftsform eigen. Auch was in den Zeiten gemächlichen Stillstandes stabil und unverrückbar erschien, wird alsdann von der allgemeinen Ummwälzung ergriffen, und wie wenn die Fluthwellen eines vom Sturm bis in die Tiefen aufgewühlten Meeres, eine nach der anderen mächtig und breit heranrollend, die Granitquadern einer Hafenwehr unablässig bestürmen, bis, was der ersten nicht hinweg zu spülen gelang, von der letzten im zornigen Gischt hinweggerissen wird, so fallen alsdann dem ungestümen Drange der Vorwärtsbewegung selbst die festesten Schranken, die von Alters her errichtet waren.

Nicht in diesen großen Kampf, welcher in unserer Zeit um die Gesellschaftsordnung entbrannt ist, will ich Sie einführen, jedoch ohne Zusammenhang mit demselben sind die Gedanken, welche ich Ihnen entwickeln will, nicht. Denn die Strafgewalt ist ein wichtiger Bestandtheil der Staatsordnung, wenn auch für den heutigen Kulturstaat nicht mehr von der Bedeutung, wie in früheren, mildbarbarischen Zeiten. Daher die berechtigte Frage an die Strafgewalt, ob sie Das leistet, was wir von ihr verlangen können, und sehen wir zuvörderst zu, wer denn wohl berufen ist, diese schwere Frage zu stellen.

Die herrschende Klasse weist dieselbe dem Berufsjuristen zu, denn er ist derjenige, der das Recht, wie es geworden ist, wissenschaftlich kennt und beherrscht, ein Recht, gewonnen durch den Niederschlag Jahrhunderte langer geistiger Arbeit

der wissenschaftlichen Berufskaste, welche stets der herrschenden Klasse angehörte, und abgelagert auf einer Grundschicht von dem Volke fremden Gesetzen.

So gewiß nun nicht verkannt werden soll, daß dieses geschichtlich gewordene Strafrecht ein interessantes, ja ehrwürdiges Stück Kulturarbeit enthält, so gewiß ist doch das Recht, dem wir uns beugen, des Richtschwertes Schärfe, die wir an unserem und unserer Genossen Leibe fühlen, etwas zu Gefährliches, um als bloßes Karitätenstück der wissenschaftlichen Befriedigung des Alterthumsjammers oder seiner eigenen Schönheit halber für den Juristen konservirt zu werden; so wenig man dem Mediziner interessante Krankheitspräparate gestatten würde, wenn dieselben eine gemeingefährliche Ansteckung drohten, oder interessante Operationen, wenn der Patient darunter litte. Wer ist aber hier der Patient? Nun, Sie werden mir zustimmen: das sind Die, welche von den Uebeln der Strafe zumeist betroffen werden. Und wer ist das im Staate? Ich will es Ihnen mit den Worten eines wohlwollenden, und vor jedem Verdacht von Umsturzbestrebungen sicheren Leipziger Professor ordinarius und Hofraths des vorigen Jahrhunderts beantworten: „Der gemeine Mann, und nicht der Vornehme, ist der Thon, welchen der peinliche Töpfer verarbeitet.“

Dies ist heute noch ebenso wahr, wie vor hundert Jahren, ja noch viel wahrer. Deshalb lassen Sie uns prüfen, was die unteren Klassen, welche die ungeheure Mehrzahl im Volke repräsentiren, an der staatlichen Kriminalpflege haben.

Betrachten Sie die sozialen Uebel, welchen das geltende Recht entgegenwirkt, desgleichen die Uebel, welche es über Sie verhängt, und entscheiden Sie darnach, was an ihm Gutes und Schlechtes ist. Und wenn ich, um ohne weitläufige Theorie Ihnen klar zu machen, welchen Maßstab Sie hierbei rücksichtslos an das Recht anlegen sollen, eine Uebertreibung selbst nicht scheue, so möchte ich Ihnen sagen: Betrachten Sie die vom Staat verhängten Strafübel lediglich wie jede andere Staatslast oder Staatsfrohe, ein Ungemach, ein Uebel, das den Einzelnen allgemeiner Zwecke halber von Staatswegen trifft, etwa wie die Wehrpflicht oder eine Steuer, oder eine Zollabgabe, lediglich aus dem Gesichtspunkte der gesellschaftlichen Zweckmäßigkeit, dann haben Sie den richtigen Ausgangspunkt für eine sozialpolitische Kritik.

Unser heute geltendes Strafrecht beruht, außer auf verschiedenen, in einer großen Anzahl von Einzelgesetzen enthaltenen Bestimmungen, zum Theil nebenfächlicher Art, auf dem Reichs-Strafgesetzbuch vom 31. Mai 1870, zunächst publizirt als Strafgesetzbuch für den Norddeutschen Bund, und sich stark anlehnend an das preußische Strafgesetzbuch vom 14. April 1851. Das preußische

Strafgesetzbuch hingegen war wieder eines der vielen Produkte einer seit Ende des vorigen Jahrhunderts in Deutschland zum Durchbruch gelangten gesetzgeberischen Bewegung, welche auf Grund der philanthropischen Errungenschaften der Aufklärungsperiode überall in den deutschen Territorien anstatt der veralteten peinlichen Gerichtsordnung Kaiser Karl V. vom Jahre 1532, und der sich an dieselbe anschließenden allmählig verknöcherten Gerichtspraxis, zeitgemäße partikularrechtliche Gesetzbücher treten ließ.

Das Strafgesetzbuch zerfällt in einen allgemeinen Theil, der die Strafen nach drei Deliktgruppen: Verbrechen, Vergehen und Uebertretungen, nach französischem Muster gliedert, Versuch und Theilnahme, Strafausschließungsgründe, als Unzurechnungsfähigkeit, Nothwehr, Nothstand, Verjährung, Jugendlichkeit als allgemeinen Milderungsgrund der Strafe erörtert; und den besondern Theil, der die einzelnen strafbaren Gesetzesverletzungen beschreibt, und für jede derselben eine Strafe bestimmt, die aber, abgesehen von der Todesstrafe, nicht absolut ausgesprochen, sondern nur nach der niedrigsten und höchsten Grenze des dem Richter erlaubten Strafmaßes festgesetzt wird.

Aus dem ersten Theile des Strafgesetzbuches ist von einem allgemeinen und jede unbefangene Kritik herausfordernden Interesse, abgesehen von der anerkannt gänzlich ungeeigneten Behandlung der Jugendlichen, auf die hier einzugehen aber zu weitab führen würde, die gesetzliche Bestimmung der Zurechnungsfähigkeit. Was ist Zurechnungsfähigkeit? Haben Sie sich schon die Frage vorgelegt, weshalb wir den Töblichen, der in einem Anfall einen Menschen tödtet, anders behandeln müssen als einen Mörder, mag er kaltblütig aus Habsucht, aus Grausamkeit, oder selbst unter dem Drucke der äußersten leidenschaftlichen Antriebe einen Menschen getödtet haben? Sie werden mir antworten: „Der Eine ist krank, der Andere nicht, und deshalb ist der Eine für seine Handlung verantwortlich und strafbar, der Andere nicht.“ Nun wissen wir aber Alle, daß Niemand gänzlich krank oder gänzlich gesund ist, sondern daß mit Krankheit und Gesundheit nur die äußersten Gegensätze der normalen Funktionsfähigkeit der einzelnen Körperorgane und der Allgemeinenleistung unseres Körpers bezeichnet werden, mithin auch, daß zwischen Krankheit und Gesundheit eine große Reihe von Uebergangszuständen liegen. Von solchen Uebergangszuständen weiß unser Strafgesetzbuch aber nichts, will davon nichts wissen. Dies ist ein großer Uebelstand, der alle Klassen des Volkes gleichmäßig trifft, denn derselbe verschuldet, daß, wie man ehemals aus Aberglauben und mangelnder Einsicht vermeintliche Hexer, Hexen und Zauberer einem unverdienten, grausamen Loose überantwortete, noch heute nicht selten „die ganze Folgeschwere gerichtlicher Verurtheilungen mit

Der christlich-soziale Staat der Jesuiten in Paraguay.

Von Hans Bruen.

(Fortsetzung.)

Die Jesuiten hatten schon in der ersten Zeit ihrer Thätigkeit in Südamerika einige den Indianern günstige Gesetze veranlaßt, sie sahen aber bald ein, daß deren Lage dauernd nur durch eine vollständige Trennung von den Europäern gebessert werden könne. Man hatte bisher öfters angenommen, daß eine schnelle Verschmelzung mit den Europäern für die Indianer das Beste sei, die Erfahrungen bewiesen indessen, daß bei den Charakter-Eigenthümlichkeiten der beiden so ganz verschiedenen Rassen ein Zusammengehen der Indianer mit den Europäern zur Unterdrückung der Ersteren führen würde. Die Jesuiten arbeiteten deshalb auch von Anfang darauf hin, eine scharfe Trennung der beiden Rassen durchzuführen.

Zwei italienische Jesuiten, Cataldino und Maceta, gründeten im Jahre 1610 die erste Niederlassung, der sie den Namen Loreto gaben. Diese beiden Väter waren einige Jahre im Lande thätig und daher mit den einschlägigen Verhältnissen wohl vertraut. Sie hatten es verstanden, den Indianern begreiflich zu machen, daß nur durch Vereinigung ihre Freiheit erhalten werden könne, nur wenn sie ihr zerstreutes Wohnen aufgäben und in größere Orte zusammenzögen, würden sie im Stande sein, den Angriffen ihrer Feinde erfolgreich Widerstand zu leisten. Die Indianer sahen die Möglichkeit dieses Schrittes ein, zogen zusammen und so war

der erste Schritt zur Gründung des späteren Jesuitenstaates gethan. Die Jesuiten hatten sich einen Befehl des Königs verschafft, der verbot, daß die Indianer, die sich ihrer Führung unterworfen, in Commenden eingetheilt werden dürften. Als dieser Befehl bekannt wurde, zeigte sich bereits der Haß der in Südamerika lebenden Europäer gegen die Gründung, ein Haß, der dadurch entstand, daß ihnen ein ertragfähiges Ausbeutungsobjekt entzogen wurde und der während des ganzen Bestehens des Missionsstaates nicht erlosch. Die beiden vorgenannten Jesuiten befanden sich in Villario, als der Befehl des Königs bekannt wurde. Vor Bekanntwerden desselben hatten sie bei der Bevölkerung hoch in Gunst gestanden, diese Meinung schlug indessen sofort um, als man die den Indianern günstige Bestimmung erfuhr. Die Jesuiten versuchten den Leuten klar zu machen, daß es sich ja um solche Indianer handle, die bisher noch selbstständig wären und daß sie an diesen durchaus kein Recht hätten; sie wiesen auch darauf hin, daß es im eigenen Interesse der Europäer liege, wenn sie das Vorhaben der Jesuiten unterstützten, indem sie nur dadurch einer Entvölkerung des Landes vorbeugen könnten. Mit Recht stellten sie die Frage, wohin denn eigentlich die Menge Indianer gekommen; die seit der Entdeckung Paraguays verschwunden sei; nichts Anderes sei daran schuld, als die ungeheure Grausamkeit, mit der man sie behandelt habe. Alle diese Gründe verfehlten indessen ihre Wirkung und die beiden Jesuiten konnten zurückerufen sein, daß sie mit heiler Haut aus der Stadt herauskamen. Ein Indianer, der gekommen war, um sie abzuholen, wurde in Ketten

gelegt und kam erst auf energisches Einschreiten der Jesuiten hin frei.

Diese erste Niederlassung Loreto entwickelte sich günstig und vergrößerte sich von Tag zu Tag. Zu der umwohnenden Bevölkerung war das Gerücht gedrungen, daß die Jesuiten so eifrig bestrebt wären, für die Freiheit der Indianer einzutreten und so schlossen sich immer mehr Personen der in's Leben gerufenen Gründung an. In kurzer Zeit kam man in die Lage, drei weitere Reduktionen zu errichten.

Dieser günstige Anfang ermutigte zu weiteren Schritten und Cataldino und Maceta kamen auf den Gedanken der Gründung einer christlichen Republik. Sie stellten dem Könige von Spanien und seinem Rath von Indien, dem Gouverneur und dem Bischof von Paraguay vor, daß sie die Ursachen untersucht hätten, weshalb es bisher weder dem spanischen Staat noch der katholischen Kirche möglich gewesen wäre, in jenen Landstrichen Vortheile zu erringen. Der Grund wäre erstens der, daß man die christliche Religion den Eingeborenen verhasst mache durch die Behandlung, die selbst Denen, die das Christenthum angenommen hätten, widerführe; dann zweitens, daß Diejenigen, welche sich öffentlich zum Christenthum bekannten, in den meisten Fällen ein sehr schlechtes Beispiel gäben. Wollte man daher jene Gegenden der spanischen Krone unterwerfen und dem Christenthume zuführen, so müsse man den mit der Missionsthätigkeit betrauten Jesuiten die Macht geben, Unterdrückungen zu verhindern und schlechte Beispiele fern zu halten. (Fortsetzung folgt.)

allem Pompe der Justiz auf franke Gehirne“ verhängt wird. Und glauben Sie nicht etwa, wie man es gelegentlich zu hören bekommt, als ob die Frage der Unzurechnungsfähigkeit nur von gewandten Bertheidigern zu Gunsten zahlungs-fähiger Angeklagter der besser situirten Stände aufgeworfen würde, denn in der Regel läßt sich unseren Bertheidigern und Gerichtsärzten die Anregung solcher Zweifel gerade bei den schwersten Delikten gegen das Leben, unter deren Anklage Angehörige der unteren Volksschichten stehen, nachrühmen, während andererseits viele leichtere Verurtheilungen, beispielsweise auf Betrug, auf wissentlich falsche Anzeige, auf Falschheid und auf Sittenvergehungen, welche Angehörige der unteren Volksschichten treffen, auf ungenügender Erkenntniß der verminderten Zurechnungsfähigkeit des Thäters beruhen.

Hier thut also dringend Noth, das Strafgesetzbuch in besseren Einklang mit dem heutigen Standpunkte der ärztlichen Wissenschaft und der Seelenkunde zu setzen.

Was nun den besonderen Theil des Strafgesetzbuches betrifft, so giebt uns die Kriminalstatistik für das Deutsche Reich die entscheidenden Aufschlüsse über die soziale Bedeutung der einzelnen Deliktgruppen. Im Jahre 1890, dem Jahre, mit welchem sich die letzte bisher erschienene Veröffentlichung des statistischen Amtes befaßt, erfolgten 498 390 Verurtheilungen wegen Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze. Davon entfielen auf Diebstahl und Unterschlagung allein 170 808, auf Körperverletzung 75 125, Beleidigung 59 432, und Betrug und Untreue 41 992, während die übrigen Delikte sich in beträchtlichem Abstände zum größten Theil bis zu 10—20 000 bewegen. Nun liegt das numerische Uebergewicht hierbei aber durchaus in leichteren Fällen von Gesetzesverletzung, und bin ich in der Lage, mir die folgenden Aeußerungen eines Staatsanwaltes, also eines Mannes, der einer Parteilichkeit zu Gunsten der Angeklagten nicht verdächtig sein wird, zu eigen zu machen: „Auf Hunderte von Fällen, wo gelegentlich ein armer Mensch sich verleiten läßt, ein Stückchen Brennholz oder Kohle mit nach Hause zu nehmen, kommt erst ein Fall, wo ein Ladendieb oder Taschendieb sich vergreift; auf Hunderte, die der Versuchung unterliegen, von fremden Vorräthen, mit denen sie gerade hantiren, ein Stück in die Tasche gleiten zu lassen, kommt erst ein Einbrecher; auf Hunderte, die einen Groschen unterschlagen, oder um eine Mark betrügen, kommt erst Einer, der sich gegen Mündelgut vergeht oder amtliche Gelder veruntreut; auf Hunderte von gelegentlichen kleinen Beschneidern kommt erst ein wirklicher Hochstapler; auf Hunderte von geringfügigen Beschädigungen, die jugendlichem Uebermuth entspringen, kommt erst eine raffiniert boshafte und erhebliche Schadenszufügung; auf Hunderte von Beleidigungen, die kaum der Rede werth sind, kommt erst eine schwere oder verleumderische; auf Hunderte von kleinen Thätlichkeiten, die der Augenblick gebiert, ohne weiteren Schaden zu stiften, kommt erst eine überlegte Mißhandlung, die strengere Sühne erheischt.“

Ein fernerer Blick in die Statistik ergibt aber, daß auf je 100 Strafen wegen Diebstahls circa 80 geringfügigeren Fällen entsprechende Freiheitsstrafen, nicht über drei Monate hinaus, entfallen; auf je 100 Strafen wegen Unterschlagung deren circa 70, wegen Hehlerei circa 75, Betrug circa 65, wegen gefährlicher Körperverletzung circa 50, und wegen einfacher Körperverletzung circa 35. Diese Strafen sind nicht darnach angethan, eine günstige Wirkung auf den Charakter des Verurtheilten auszuüben, dagegen sind sie von schädlicher Wirkung, ja, sie können geradezu vernichtend wirken auf die Erwerbsthätigkeit, auf die soziale Stellung und die Familienverhältnisse des Betroffenen, sie degradiren nach obigen Zahlen, wie Sie klar einsehen müssen, eine ungeheure Anzahl von Volksgenossen und treffen nach der Natur der Delikte ganz besonders die Armen und Ungebildeten. Deshalb

sind diese Strafen unzweckmäßig. Dieselben sind aber auch in soziologischer Beziehung nicht gerecht. Wenn in den Verletzungen fremden Eigenthums durch Diebstahl, Unterschlagung und Betrug von altersher die primitiven Unrechtsformen des fremde Habe nicht achtenden Egoismus, der Habgier, des Leichtsinns und der Trägheit bestraft worden sind, so sind die höheren Klassen unserer Gesellschaft von solchem Egoismus wahrhaftig ebensowenig frei, wie die unteren Klassen, nur daß die Erscheinungsformen hier nicht jene primitiven Unrechtsformen sind und vielfach vom Strafgesetz, wie es uns von der Vergangenheit überkommen ist, nicht erreicht werden. Mißt man aber die wirthschaftliche Bedeutung der zahllosen kleinen Eigenthumsdelikte, die gestraft werden, an der Bewegung der wirthschaftlichen Werthe überhaupt, so erscheint die Bedeutung jener Straftaten an sich geradezu winzig, man sieht Mücken und verschluckt Kameele. Jede Börsenwoche bedeutet eine stärkere Fluktuation der Eigenthumsveränderungen als alle Eigenthumsdelikte, die wir das Jahr über strafen, sammt und sonders.

Und was von der strafrechtlichen Remedur gegen die Eigenthumsvergehen, gegen welche das Strafgesetzbuch zum größten Theil nicht einmal Geld- anstatt Freiheitsstrafe zuläßt, und deren Verfolgung trotz des rein privatrechtlichen Interesses der großen Mehrzahl der Fälle nicht von dem Antrage des Verletzten abhängt, ja, auch ohne und gegen seinen Willen stattfindet, was von dieser wenig befriedigenden Remedur zu sagen war, gilt ähnlich von den leichteren Vergehen gegen die Person, von der großen Zahl der Freiheitsstrafen wegen Körperverletzung, zumal deren geringfügige Bedeutung für die Allgemeinheit in keinem Verhältniß zu den Strafen und deren übler Wirkung steht. Nicht ganz ohne Zusammenhang mit der energischen kriminalistischen Bekämpfung der Körperverletzung und Beleidigung steht übrigens die Bekämpfung des Widerstandes gegen die Staatsgewalt mit 15 112 Verurtheilungen im Jahre 1890, wovon ja. 66 pSt. Freiheitsstrafen, hauptsächlich den Theil der Bevölkerung treffend, welcher gesellschaftlich nicht über, beziehentlich unter dem Niveau der unteren Exekutivorgane des Staates steht. Läßt sich zwar häufig Unbotmäßigkeit und Rohheit von der einen Seite nicht verkennen, so ist andererseits an manchem derartigen Konflikt doch auch übel angebrachte Autoritätsucht und Mißachtung der Persönlichkeit seitens der behördlichen Organe schuld, und ist die hohe Summe der Strafen keineswegs als wirklich nothwendig zuzugeben.

Einer entschiedenen Reform, und zwar im Sinne erheblicher Beschränkung der Strafthätigkeit, bedarf ferner das Gebiet der Beleidigungen, insonderheit im Hinblick auf einen besseren Schutz der öffentlichen Freiheit von Rede und Schrift.

Trotzdem es Niemandem einfallen kann, die Berechtigung der öffentlichen freien Meinungsäußerung zu leugnen, vor Allem also die Freiheit der Presse und der Rede, von welchen man sagen kann, daß sie gleich der öffentlichen Schaubühne berufen sind, „der Tugend ihre eigenen Züge, der Schmach ihr eigenes Bild und dem Jahrhundert und Körper der Zeit den Abdruck seiner Gestalt zu zeigen,“ sind Preß- und Redefreiheit auf beklagenswerthe Art gefesselt durch die fortwährende Gefahr von Beleidigungsstrafen, deren Schwere sich gerade da zu steigern pflegt, wo die Ehrverletzung die Personen als solche am wenigsten trifft, der Angriff sich vielmehr auf die durch die Personen getragenen Institutionen richtet, worüber die Bestrafung von Beamtenbeleidigungen, die Reichskanzlerbeleidigungen und die ganze Kategorie der Majestätsbeleidigungen lehrrreichen Aufschluß geben. Die Verfolgung von Majestätsbeleidigungen (581 Verurtheilungen im Jahre 1890, sämmtlich auf Freiheitsstrafen lautend) zumal ist nach dem gegebenen Zusammenhang unserer Staatsverhältnisse nicht Schutz des Monarchen als Person, dessen er in diesem Wege garnicht bedarf, sondern Mittel politischer

Verfolgung oder gemeine Intrigue, und deshalb mit den ihr anhängenden schweren und zwecklosen Strafen vollständig zu beseitigen.

Und gerade wo der Schutz berechtigter Interessen bei Angriffen auf die fremde Persönlichkeit die stärkste gesetzgeberische Berücksichtigung bedingt, um ungeschminkte Wahrheit zu fordern, versagt dieser Schutz, indem anerkannt Rechtens nur, wenn es sich um eine, den Thäter selbst nahe angehende Sache handelt, nicht bei Wahrnehmung der Interessen weiterer Kreise, bei Fragen, die die Allgemeinheit angehen, jene rückhaltslose Freimüthigkeit in Rede und Schrift erlaubt ist, welche die Sache über die Person setzt. Was bleibt also von der scheinbaren Wohlthat des § 193 des Strafgesetzbuchs, der Aeußerungen oder Bertheidigung von Rechten oder zur Wahrnehmung berechtigter Interessen von der Strafe ausnimmt, sonderlich übrig, als die Ermöglichung lumpiger Privatänkereien oder rücksichtsloser Prozeßhuden, während vor allem Volke die Wahrheit gezwungen ist, ein Mäntelchen umzuhängen, so recht also das Gegenbild des klassischen Postulates politischer Freiheit in England, wie es in der Vorrede der Junius-Briefe mit den Worten festgelegt ist: „Es muß ein bedeutender Spielraum in der Erörterung der öffentlichen Angelegenheiten gewährt werden, oder die Preßfreiheit wird der Gesellschaft von keinem Nutzen sein.“

Zum Krankenkassenwesen.

II.

Zunächst wird von der Berliner „Kommission für Centralisation der Ortskassen“ geplant, sämmtliche Krankenkassen in eine einzige große Kasse zu verschmelzen, in welcher jeder Aufnahme findet, welcher in Berlin und seinen Vororten in Beschäftigung steht; hiernach sollen nach Ansicht der Kommission bedeutende Kosten erspart werden; ist dieses der Hauptzweck, dann darf auch nur ein Hauptbureau im Mittelpunkt der Stadt errichtet werden und zwar in mehreren Abtheilungen alphabetisch geordnet, um eine schnelle Abfertigung ermöglichen zu können, ähnlich dem Einwohner-Meldeamt. Sobald man die Einrichtung von Filialen empfiehlt, würden die ganzen Ersparnisse nur in der Phantasie existiren; die angeblich weiten Wege können hierbei nicht maßgebend sein, weil die leichteren Kranken den Tag über genügend Zeit haben, diese Wege zu besorgen, den schwereren Kranken dagegen das Krankengeld durch anzustellende Boten zugestellt werden kann, welche gleichzeitig auch die Kontrolle der Kranken zu übernehmen hätten.

Die Kontrolle muß in einer solchen großen Kasse in einem viel schärferen Maße ausgeführt werden, wie in einer Berufskrankenkasse, weil in letzterer die Verhältnisse der Mitglieder gegenseitig besser bekannt und die Simulation, ein Hauptübel in den Krankenkassen, niemals in einer so großen Weise stattfinden kann. Als Beispiel sei hier eine Thatsache erwähnt, welche sich in einem Vororte von Hamburg abspielte.

Ein Schuhmacher, Mitglied einer Schuhmacher-Krankenkasse, war eine ganz geraume Zeit krank. Dem Vorstand war bekannt, daß dieser Kranke fortwährend Fußzeug ablieferte, trotzdem er bei jedesmaliger Kontrolle im Bett liegend sich als schwer Kranker ausgab, aber auch keinen Gefellen zur Fertigstellung seiner Arbeiten hielt. Da dem Kranken absolut nichts nachgewiesen werden konnte, versielen die Kontrolleure darauf, sich von einem in der Nähe wohnenden Zimmermeister Abends eine Leiter zu holen, um von dieser aus einen Einblick in die Werkstelle des Schuhmachers zu erhalten, welche ein Stockwerk hoch nach der Hinterfront des Hauses lag; wie man richtig vermuthete, saß der Kranke auf seinem Bock und arbeitete aus Leibeskräften. Während der eine Kontrolleur seinen Beobachtungsposten nicht verließ, begab sich der andere nach der Wohnung; kaum erklang die Etageglocke, als der Kranke wie der Blitz seinen Stiefel und Spannriemen fortwarf und sich schleunigst in's Bett legte. Nach den üblichen Klagen war in-

zwischen der andere Kontrolleur hinzugekommen und indem man den angeblich schwer Kranken bemitleidete, hob der Eine wie von ungefähr die Bettdecke in die Höhe, wo dann die Situation eine geradezu komische war, indem der Schuhmacher vollständig angekleidet mit seiner Schürze im Bette lag. Die Anzeige bei der Staatsanwaltschaft zog selbstredend die Bestrafung wegen Betruges nach sich.

Die Simulanten sind in den Berufsrankenfassen den Mitgliedern viel mehr bekannt, als in großen, allen Arbeitern zugänglichen Kassen, und ist es eine eigenthümliche Thatsache, daß die meisten Simulanten sich aus Nicht-Berufsgenossen rekrutieren, indem diese Simulanten mit Vorliebe ihre Berufsrankenfassen meiden.

Die Zusammensetzung der Generalversammlung durch Delegirte muß als eine sehr unglückliche bezeichnet werden, eine derartig komplizierte Wählerlei würde nicht zur Verringerung der Kosten beitragen, möge man alle Angelegenheiten direkt durch die Mitglieder regeln.

Man wird mir hier entgegenhalten, daß in Berlin ein derartiges großes Lokal nicht vorhanden ist, welches diese ungeheure Anzahl von Mitgliedern aufnehmen könne; dieses mag bei den ersten Versammlungen mal zutreffen und kann man auch hier die Mitglieder alphabetisch in Wahlabtheilungen eintheilen. Es wird sich nach einigen Versammlungen schon herausstellen, daß sämtliche Wahlabtheilungen zu einer einzigen vereinigt werden können.

Es wird von epidemischen Berufsrankenfassen gesprochen, welche die Berufsrankenfassen mitnehmen sollen; ich bezweifle, daß es überhaupt solche giebt. Es giebt wohl Berufsrankenfassen, wie z. B. die Lungenschwindsucht bei Steinmetzen und Schuhmachern, Zementträger bei den Maurern, Rheumatismus bei den Zimmerleuten usw. Diese Krankheiten treten aber stets mit einer mathematischen Genauigkeit auf und müssen hiernach schon von vornherein die Beiträge berechnet werden.

Man wird niemals von einer Maurerinfluenza oder Zimmerercholera reden, die epidemischen Krankheiten betreffen alle Arbeiter gleichmäßig; um diesen Epidemien mit Erfolg die Spitze bieten zu können, genügt es nicht, daß man lokal organisiert, sondern die Organisation muß über ganz Deutschland zentralisiert werden, daß Rechenexempel von den Mk. 40 000 kann hierbei nicht in Betracht kommen, um solche winzige Summe von noch nicht ganz 2 Pf. die Woche den Mitgliedern zu ersparen, bedarf es wirklich nicht einer derartigen Umwälzung.

Eine Kasse von zirka 320 000 Mitgliedern muß mindestens einen Reservefonds von acht Millionen haben, und wenn nur drei Millionen vorhanden, so sind jedes Jahr za. Mk. 800 000 gleich 10 pSt. der Beiträge dem Reservefonds zuzuführen; falls nun diese Mk. 40 000 an den Mk. 800 000 fehlen, so müssen die Beiträge ohne Weiteres erhöht resp. die Leistungen der Kassen heruntergesetzt werden, und weniger wie 1 Pf. die Woche kann doch wohl nicht gut genommen werden.

Die Anforderungen, welche an die Kassen vorstände gestellt, sind derartig vielseitige, daß man darin der Kommission vollständigen Recht geben kann, daß hier die Entscheidungen sehr verschiedenartig ausfallen, diesem Uebelstand kann aber sehr leicht dadurch abgeholfen werden, wenn die Vorstände einmal im Monat, wie es in Hamburg zwischen den Zentral-Kranken-Kassen-Vorständen schon seit Jahren Gebrauch, zusammen kommen, um dann ihre Ansichten gegenseitig auszutauschen, eventuell gemeinsam zu beschließen.

Daß die Arbeiter zu ihren Kassen verschiedenartig steuern, ist sehr erklärlich, weil ein Beruf bedeutend gesundheitschädlicher wie der andere; nehmen wir nur die Steinhauer und Zimmerleute, das Verhältniß wird sich ungefähr wie 2 : 1 stellen; oder würden sich die Arbeiter im Weinberge des Herrn, die Pastoren, in einer

Krankenkasse zusammenthun, so würden diese vielleicht mit 5 Pf. die Woche auskommen können.

Ist es nun richtig, daß die Zimmerleute für die Steinhauer die Beiträge bezahlen oder die Gärtner für die Schuhmacher? Nach meiner Auffassung nicht, viel richtiger wäre es, wenn die Steinhauer auf Grund solcher ungünstigen Verhältnisse versuchten höhere Löhne zu erzielen, kein rechtlich denkender Mensch würde ihnen dieses verargen, sie wären dann auch in der Lage, höhere Beiträge für ihre Kasse zu steuern.

Falls es Thatsache ist, daß bei den Arbeitern ein häufiger Berufswechsel stattfindet und dadurch ein Wechsel in der Krankenkasse eintritt, dann wäre es richtiger, diese Leute schlossen sich einer freien Hilfskasse an; das eine Drittel, welches angeblich der Arbeitgeber zahlen muß, besteht bei Vielen nur in einer fixen Idee, denn Thatsache ist es, daß in denjenigen Orten, wo eine Lohnrückerei vermöge der guten Organisation der Arbeiter nicht möglich, die Arbeitgeberentschieden für die freie Hilfskasse eintreten, während in anderen Ortschaften, wo gewerkschaftliche Organisationen nicht bestehen, die Arbeitgeber Anhänger der Ortsrankenfassen sind.

Es ist gesetzlich verboten, den Arbeitern höhere oder die ganzen Beiträge für die Ortsrankenkasse in Anrechnung zu bringen, und zwar kann dieses bis zu Mk. 300 geahndet werden, aber nirgends ist im Gesetz vorgesehen, daß der Arbeitgeber einen Minimallohn zahlen muß. Falls der Arbeitgeber 15 Pf. zu der Ortsrankenkasse zahlt und er giebt nur 5 Pf. pro Tag weniger Lohn, so profitirt derselbe noch 100 pSt.; ist es doch in letzterer Zeit vorgekommen, daß Arbeiter auf das nach § 5 Abs. 9 des Unfallversicherungsgesetzes ihnen zustehende höhere Krankengeld verzichten, nur um ihren Arbeitgeber nicht zu erzürnen. Wo die Arbeiter sich in dieser Weise ihre Rechte verkümmern lassen, da können noch so viele Gesetze zu Gunsten derselben geschaffen werden, diese werden dann nur auf dem Papiere stehen.

Es muß die Aufgabe der Kassen vorstände sein, den Mitgliedern in allen Fragen hilfreich zur Seite zu stehen, damit die kleinen Vortheile, welche diese Gesetze dem Arbeiter bieten, auch in ihren äußersten Konsequenzen ausgenutzt werden.

Die Arbeiter sollten durch Anschluß an ihre Gewerkschaften versuchen, die Löhne derartig zu steigern, daß sie die Beiträge allein ohne die Beihilfe der Arbeitgeber aufbringen können; die Parole muß sein: „Hinaus mit den Arbeitgebern aus den Krankenfassen“, damit endlich mal das Zwitterding aufhört, sich in allen Angelegenheiten von den Arbeitgebern bevormunden zu lassen. Die Bestrebungen der Arbeitgeber und Arbeiter sind ganz entgegengesetzte, die Arbeitgeber haben ein Interesse daran, die Leistungen der Kasse auf das Niedrigste herunterzudrücken, damit die zu zahlenden Beiträge geringer werden, während die Arbeiter ein Interesse daran haben, die Leistungen möglichst hoch zu schrauben; daher kommt es auch, daß die Beiträge in den freien Hilfskassen meistens bedeutend höher wie in den Ortsrankenfassen sind, weil in letzteren für die Mitglieder nichts geleistet wird, denn in den vorwiegend meisten Fällen gewähren die Ortsrankenfassen nur auf die Dauer von 13 Wochen Krankenunterstützung, während die freien Hilfskassen 40—52 Wochen Unterstützung gewähren.

In einer der nächsten Nummern werde ich den Nachweis führen, in welcher Weise eine Reform in den Krankenfassen eingeführt werden kann.

Aus dem Hungerparadies Sizilien.

Die grauenhaften Zustände in Sizilien lassen sich nicht verulken, trotz Crispi's und anderer Ordnungsförderer und Gerebe. Sogar grundsätzliche Gegner der sozialistischen Bewegung und Freunde des „italienischen Bismarck“, denen sich die Gelegenheit geboten hat, mit eigenen Augen zu schauen, wie es auf der schönen Insel Europas hergeht, müssen Zeugniß ablegen für die Unhaltbarkeit der dortigen Zustände. So schreibt ein Herr Karl Böttcher, der auf einer Mittelmeerreise begriffen ist, der „National-Zeitung“ aus Messina vom 16. März: Sizilien, der wunderbare Gottesgarten, mit Trauben

und Lorbeer auf düstigen Höhen, mit Granaten und goldglänzenden Drangen, bietet seinen Kindern kein Brot, Sizilien hat Hunger.

Seit acht Tagen ziehe ich auf der Insel herum, in kleinen, vom Sonnenbrand gerösteten Dörfern, in schmutzigen, an hohen Berglehnen hängenden Städtchen, in tobestraurigen, von Schwefelminen verpesteten Gegenden. Was von sozialem Leben an mir vorbeiblickt, ist Jammer und Elend.

In den Köpfen spukt noch der kaum niedergeworfene Volksaufrehr, welcher das Land mit über sechzigtausend Soldaten füllte und es noch heute im kleinen Belagerungszustand erhält. Nicht etwa ein Aufruhr gegen die Regierung, sondern zunächst gegen die Masse der wuchernden Großgrundbesitzer, welche die Insel auslaugen.

Alle diese armen Leute, voll von den frischen Erinnerungen an die Ereignisse der letzten Monate, sind mittheilbar. Neben werden gehalten, vernünftige Vorschläge erwogen, Betfallsstürme entsefelt. Auch Mauthelben fehlen nicht; gutmüthige Philister packt Begeisterung; die Herzen erhitzen sich an hochtrabenden Strahlen. Bald darauf erschallt in den Dörfern und Städten Trommelwirbel. Der Befehl des Präfecten wird verkündigt: „Alle Versammlungen sind verboten, der Belagerungszustand ist proklamiert.“ Man lobt das Feuer des Aufruhrs auf. Militär rückt an. Es kommt zu Gefechten.

Immer wieder begegne ich auf meinen Kreuz- und Quertagen großen Gefangenentransporten. Die Hände an den Gelenken mit Eisenklammern aneinander geschraubt, unter den Ellbogen lange, die ganze Schaar zusammenhaltende Ketten, ringsum Karabinieri mit querausgesteckten Dreimaßern und aufgepflanzten Bajonetten — so geht es schweigend und schnaufend dahin im Sonnenbrand der staubigen Landstraße. Alle Gefängnisse sind nach dem Aufruhr von Männern, Frauen und Kindern überfüllt. In kleinen Kellern sah ich keinen Markt, auf dem nicht ein Schwarm von Gerichtsvollziehern Zwangsauktionen veranstaltete: Auktionen von altem Gerümpel und theuren Reliquien des Haushalts, von den Eltern ererbten oder mühselig zusammengeparten. Massen von herumhodelnden arbeitslosen Menschen bilden mit leeren Taschen und hungrigem Magen das Publikum. Ueberall überfallen mich Haufen von Bettlern, jeder ein Pack Lumpen, aus dem ein höhlwangiges, erdfahles Gesicht mit großen, glanzlosen Augen und irgend ein verkrüppelter Körpertheil herausstarrt. Schmerzzerpreßte Seufzer wimmern mir in die Ohren, überbrüllt von dem mit einer bedeutungsvollen Handbewegung nach dem verzerrten Mund herausgeflohenen Schauerwort: „Hunger!“ Und wenn ich, scheinbar gleichgültig, weitergehe, weil ein einzelnes Portemonnaie solche Noth nicht lindern kann, glohen mir Gesichter mit dem Ausdruck der Verzweiflung nach. Dabei beobachte ich, wie der beständige Anblick so vielen Elends die theilnehmende Empfindung mehr und mehr abstumpft und das Herz verhärtet.

Gerliche Acker, welche unter der schönen sizilianischen Sonne süßig, und sechzigfältig tragen könnten, liegen verödet. Mächtige, die Berglehnen hinausstreichende Weinberge mit ihren stellenweise eingefürzten Mauern sind sich selbst überlassen. Parolanlagen mit pappelshohen, dunkelnden Cypressen verkrümmern hinter ihren Gittern. Große ertragsfähige Landstrecken bleiben unbespizant. Wozu arbeiten? denken die meisten dieser Leute, wenn die Arbeit nicht einmal den Hunger stillt! Die Großgrundbesitzer haben entdeckt, daß mit Lohnzahlungen an Arbeiter die schönsten Summen verdröbelt werden. Wenn die Arbeiter für ihr Tagewerk in Naturalien entschädigt würden, wäre es viel praktischer. Darum bekommt der Tagelöhner nie Geld in die Hände. Nach Beendigung seiner wochenlangen Arbeit wird ihm sein Lohn in einem Quantum zumeist minderwertigen Getreides entrichtet. Benötigt aber der Arme einmal auf's Dringlichste des baaren Geldes, vielleicht in Form eines Vorschusses, so erhält er eben wieder einen Getreidevorschuss. Reichlich mit Getreide ausgestattet, zieht er nach Beendigung seiner Arbeitszeit nach Hause. Kaum betritt er mit diesem Naturallohn den heimathlichen Boden, so kommen die Mauthsoldaten und verlangen, daß er diese Einfuhr von Lebensmitteln versteuern soll. Woher jetzt Geld nehmen? In ärgster Zwangelage muß er einen Theil seines Lohnes verschleudern, um den anderen nach Hause transportieren zu können. Wovon diese Armen leben? Sie gehen in's Grüne, in die Orangenhaine und Zitronengärten und nehmen, was sich findet. Eine solche Existenz bezeichnet der Sizilianer als Lebensweise ohne Salz. Wo sie schlafen? Unter freiem Himmel auf Stroh. Wenn es regnet, haben sie den Wind zum Trocknen. Auch für „besser situirte Leute“ deckt sich der Tisch täglich nur einmal Abends gegen sechs Uhr. Was da aufmarschirt, ist nichts als eine Kräuter- oder Brotsuppe, der einige Orangen nachtugeln.

Ich mag hinblicken wohin ich will, überall und überall trübe soziale Bilder und Alles drunter und drüber. Der kleine Bauer verdient im Jahr durchschnittlich sechshundert Lire, muß aber davon gegen vierhundert Lire Steuern zahlen. Er hält sich einige Gsel — sie müssen versteuert werden; er schafft sich einen neuen Ackerpflug an — muß versteuert werden; sogar für Brot muß er Verbrauchssteuer entrichten. In der Rechtspflege hat sich das Heer der Prozesse derart vergrößert, daß die Gerichte auf Jahre hinaus beschäftigt wären, wenn sie nicht die bis jetzt vorliegenden Fälle summarisch behandeln. In Calascibetta höre ich auf dem kleinen Markt drei abgehärmte, zerlumpte Frauen wimmern. Ihre Männer sitzen seit sechs Monaten im Gefängnisse, ohne daß man weiß, warum. Flotte Bankrotte sind an der Tagesordnung. In Ballelunga, einem Flecken von etwa

viertausend Einwohnern, gab es im Monat Dezember einhundertdreißig Fallissements. Sizilien, dies blühende Rauberland, scheint mir ein Eldorado für Rechtsanwält und Gerichtsvollzieher zu sein. In den Schauergebirgen der Schwefelminen müssen die Arbeiter sogar für die Betriebskosten des Bergwerks aufkommen. Die Beträge für Reparaturen der Maschinen werden ihnen vom Lohn abgezogen. Es ist unmöglich, von der fürchterlichen sizilianischen Mißwirtschaft auch nur in flüchtigen Umrissen ein Bild zu entwerfen. Die Grundbesitzer haben von den Monaten des Aufbruchs nichts gelernt. Sie dämmern weiter in ihrer unerlöschlichen Geldgier. Alle Vermittlungsversuche, die Lage des armen, am Bettelstab wankenden Volkes zu verbessern, prallen an der Habgier dieser Herren ab. Wohl aber haben sie neuerdings wiederholt Versammlungen abgehalten und ihre Weisheit in dem Antrag zusammengefaßt: „Der Staat möge dem bisherigen Verhältnis zwischen Grundbesitzern und Arbeitern gegenüber neutral bleiben.“ Und der italienische Staat weiß nicht, wie er mit der Insel zurechtkommen soll.

Sizilien hat Hunger!

Berichte.

Altona. Am 28. März hielt der hiesige Lokalverband seine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Bericht über unsere Statistik. 2. Bericht vom Gewerkschaftsartikel. 3. Verschiedenes. Bevor zur Tagesordnung übergegangen, wurde das Protokoll von der letzten Versammlung gelesen und für richtig anerkannt. Der erste Punkt wurde zur nächsten Versammlung vertagt. Zum zweiten Punkt erstattete Herr Rust Bericht vom Gewerkschaftsartikel. Unter „Verschiedenes“ fragte Rust an, wie es zuzuginge, daß vom Lokalverband Altona das Resultat von der Urabstimmung im „Zimmerer“ nicht mit bekannt gemacht worden wäre, da es doch Pflicht sei, wenn eine Urabstimmung vom Hauptvorstand veranstaltet würde, daß jeder Lokalvorstand dieselbe gewissenhaft ausführen und auch die Stimmenzahl an den Hauptvorstand einschicken müßte. Er fragte noch an, ob der Bericht überhaupt nicht an den „Zimmerer“ eingeschickt wäre; er habe sich auch gewundert, daß der Vorstand sich nicht gleich darum gekümmert und bei dem Hauptvorstand angefragt habe. Der Vorsitzende erwiderte, daß der Bericht eingeschickt sei, im Uebrigen wolle der Vorstand die Schuld auf sich nehmen, er hätte nur im Interesse der Mitglieder gehandelt. Weil die betreffende Versammlung so schlecht besucht gewesen wäre, hätte der Vorstand die Stimmenzahl nicht mit in dem Bericht angegeben und auch nicht weiter bei dem Hauptvorstand angefragt. Der Vorstand wollte den Lokalverband Altona mit den wenigen Stimmen nicht blamieren. Agge sprach das dahin aus, daß der Hauptvorstand genöthigt sei, die Bemerkungen von verschiedenen Lokalverbänden im „Zimmerer“ zu veröffentlichen, er hätte geglaubt, daß der Hauptvorstand dies thun würde, habe aber bis jetzt noch nichts gesehen. Die Versammlung sprach sich auch mißbilligend über das Eingekleidet im „Zimmerer“ Nr. 12 aus wegen der Bahnarbeiten und der Lohnerhöhung; dadurch würden noch immer mehr Arbeitskräfte herangezogen, und es müßte doch Jedermann wissen, daß hier genug Arbeitslose wären, durch einen solchen Artikel würden aber noch mehr in's Elend gestürzt. Ferner dürfe ein solcher Artikel schon deshalb nicht im „Zimmerer“ veröffentlicht werden, weil derselbe doch für die Arbeiter keinen Nutzen, wohl aber Schaden bringen könne. Rust brachte noch vor, daß zur Ablieferung der Statistikkarten die letzte Woche sei und doch Jeder zusehen möge, daß er dieselben wieder einlieferere. Es wurde noch über das Abhalten der Versammlungen diskutiert; es blieb aber dabei, daß dieselben nach wie vor abwechselnd in Altona und Ottenfen stattfinden werden. Hierauf wurden noch M. 25 zur Agitation nach Kiel bewilligt. Der Vorsitzende fragte noch an, ob man für die nächste Versammlung einen Referenten wünsche, was abgelehnt wurde. Schluß der Versammlung 11 Uhr.

Barth. Am Sonntag, den 1. d. M., fand hier eine öffentliche Zimmererversammlung statt, in welcher Kamerad Holz aus Straßund einen Vortrag über „Die Bedeutung der Organisation zur Hebung der Klassenlage“ hielt. Der Redner erläuterte, daß durch die kapitalistische Wirtschaftsweise zwei Klassen entstehen, welche sich gegenseitig bekämpfen. Denn die Vererbung von Kapital und Rechten spielt eine andere Rolle, als die Vererbung von geistigen Eigenschaften. Die Geldaristokratie meint die Bildung in Erbpacht genommen zu haben und giebt sich einen äußeren Anstrich von Bildung und geräth oft dabei in das Fragenhafte. Offiziere und Studenten beweisen z. B. ihre „Bildung“ durch rohe Exzesse. Der Arbeiter müßte aber bestrebt sein, sich wirkliche Bildung zu verschaffen. Mit einer gebildeten, aufgeklärten Masse ist der Kampf gegen das Kapital leicht zu führen. Durch Lesen von Arbeiterblättern wird der Arbeiter politisch und gewerkschaftlich aufgeklärt. Redner schilderte noch die Kämpfe der englischen Arbeiter, welche durch ihre Organisationen sich den achtstündigen Arbeitstag erringen haben. Der Führer der Bauhandwerker in Melbourne in Australien hätte gesagt: Wir haben das Wort „Achtstundenarbeit“ an unsere Fahnenstange genagelt, und würde es herausgeschossen, wir würden uns noch um die Bücher schlagen. Sodann empfahl der Redner noch ein festes Zusammenhalten und ermahnte, nicht wieder auseinander zu gehen. Schulter an Schulter müßten wir gegen das Kapital kämpfen. Sodann wurde über die Frage diskutiert, ob wir nicht zusehen wollten, in diesem Jahre hier eine geregelte Arbeitszeit einzuführen,

weil es doch eine sehr günstige Zeit sei. Hierüber wurde noch kein Beschluß gefaßt. Kamerad Holz ersuchte uns, erst zu prüfen, ob die Einigkeit der Kameraden auch vorhanden sei. Wir müßten versuchen, sämtliche Kameraden zu den Versammlungen heranzuziehen und Alles richtig erwägen, damit wir uns keine Blöße den Meistern gegenüber geben. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Dormund. Der hiesige Lokalverband hielt am 7. April eine Extra-Generalversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Beitragsberufung. 2. Besprechung über den am 5. und 6. Mai hier stattfindenden Provinzialverbandstag. 3. Wahl der Delegirten und Wahl eines Empfangs-Comité's. 4. Verlegung unseres Vereinslokals. 5. Verschiedenes. Nachdem die Beiträge erhoben, wurde zum zweiten Punkt der Tagesordnung geschritten und der Beschluß gefaßt, den Verbandstag mit zwei Delegirten zu beschicken. Es entspann sich jetzt eine lebhafteste Debatte über die Frage, wo der Verbandstag stattfinden soll und wurde das Zimmermann'sche Lokal angenommen. Bei der Diskussion über die Verlegung des Verbandslokals wurde hervorgehoben, daß der Verband an Mitgliedern gewinnen würde, wenn der Lokalverband sich ein anderes Lokal anschaffe, welches nicht mit der Fremdenherberge befaßt ist. Es sind hier mehrere Zimmerer, die einen Anstoß an der Handlungsweise einiger Fremden nehmen und infolgedessen dem Verband fern bleiben. Es wurde in dieser Sache der Vorstand beauftragt, ein passendes Lokal aufzusuchen und in der nächsten Versammlung Bericht zu erstatten. Hierauf Schluß der gutbesuchten Versammlung.

Dresden. Am 3. April fand im Lokale des Volksbildungsvereins unsere regelmäßige Einzelmitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vortrag des Genossen Wolf aus Schweinsdorf über Naturheilverfahren. 2. Verbandsangelegenheiten. In's Bureau wurden gewählt: als erster Vorsitzender Kamerad Jährig, zweiter Vorsitzender Kamerad Mißbach und Schriftführer Kamerad Seifert. Zum ersten Punkt ertheilte Kamerad Jährig dem Referenten, Herrn Wolf, das Wort. Derselbe erledigte sich seiner Aufgabe in einem zweistündigen Vortrage zur Zufriedenheit der Anwesenden. Es ist freilich zu bedauern, daß sich nicht mehr Kameraden eingefunden hatten. Der Referent legte in klarer Weise dar, wie Krankheiten nach der naturgemäßen Heilweise geheilt werden können und führte verschiedene Beispiele an. Auch fügte Genosse Wolf noch hinzu, daß sich diese Naturheilmethode der Sozialdemokratie anschließen muß, da sie die einzige Partei sei, die erstere vertreten wird. An der Debatte beteiligten sich die Kameraden Bischoff und Mirbach, und führten an, daß die Dresdener Driskaffe zu wenig Naturheilkundige angestellt habe. Zweitens regte Kamerad Mißbach an, daß die Kameraden immer nützliche Bücher lesen sollen und keine Schundromane, wie das in der Regel der Fall zu sein pflege. Hierauf Schluß der Debatte. Nun gingen wir zum zweiten Punkt, Verbandsangelegenheiten, über. Die früher eingesetzte Kommission erstattete Bericht über ihre Verhandlungen betreffs der Herberge. Sie hat mit den Wirthen in „Stadt Altona“, „Gasthof zu den drei Villen“ und „Frank's Gasthof“ verhandelt, und nun entspann sich eine längere Debatte, in der sich herausstellte, daß sich keines der drei Lokale zu dem Zwecke eigne Kamerad Seifert stellte den Antrag, die Herberge und Zahlstelle im „Gasthof zum goldenen Faß“ zu lassen. Der Antrag wurde schließlich mit allen gegen 3 Stimmen angenommen. Kamerad Lehmann theilt dann noch mit, daß er vom Sonnabend, den 14. April, an jeden Sonnabend in der „Deutschen Eiche“ zu Striesen Beiträge entgegennimmt. Hierauf Schluß der Versammlung 1/2 12 Uhr.

Zwickau. Sonntag, den 8. April, tagte hier eine öffentliche Zimmererversammlung mit der Tagesordnung: Abrechnung vom Unterstützungsfonds und Neuwahl des Vertrauensmanns. Die Einnahme betrug M. 78,90, die Ausgabe M. 62,05. Nachdem der Revisor die Abrechnung für richtig erklärt hatte, wurden Ch. Friedrich als Vertrauensmann und W. Geher als Revisor wieder gewählt. Kamerad Aug. Spigner giebt bekannt, daß von 94 Zimmerern, die bei ihm haben Reiseunterstützung holen wollen, nur 8 unterstützungsberechtigt gewesen seien. Nun soll auch das Kontrollbuch zur Revision an den Hauptvorstand eingeschickt werden. Den Bericht von der Landestkonferenz erstattete der Delegirte Aug. Williger. Derselbe behandelte alle Punkte der Tagesordnung sehr eingehend und hob besonders hervor, daß der Beitritt zum Verband als Einzelzahler wohl die zweckmäßigste Organisation für uns sei, jedoch wäre es jeder Stadt überlassen, wie sie es machen wolle. Dann wurde von mehreren Rednern betont, daß wir dem Verbands als Einzelzahler beitreten möchten, worauf sich auch eine ziemliche Anzahl Kameraden einschreiben ließen. In Betreff der Lohnfrage wurde Umfrage auf den verschiedenen Plätzen gehalten, bei welcher sich herausstellte, daß verschiedene Meister sogar Leute mit 25 \mathcal{M} pro Stunde bezahlten. Der Durchschnittslohn ist 28–29 \mathcal{M} . Wollen wir bessere Lohnverhältnisse erzielen, so können wir dies nur dadurch, daß sich recht viel Kameraden an der Organisation beteiligen. Kamerad Aug. Spigner stellt den Antrag, sobald wir Nachricht vom Agitationskomite haben, die Agitation hier und in der Umgegend zu betreiben. Derselbe wurde einstimmig angenommen. Es wurde nachfolgende Resolution angenommen: „Die heutige Versammlung beschließt, dem Verband als Einzelzahler beizutreten, da derselbe eine Macht für das Zimmergewerk ist.“ Mit dem Wunsche, daß wir als Einzelzahler recht stark werden mögen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Bericht von der Landestkonferenz der Zimmerer Sachsens.

Die Konferenz hat am zweiten Osterfeiertage in Dresden, im Saale des Vereins für Volksbildung stattgefunden. Die auswärtigen Delegirten waren zum Theil schon am ersten Feiertage eingetroffen. Betreten waren die Kameraden in Dresden durch vier, die in Leipzig durch zwei, die in Zwickau, Plauen und Döbeln je durch einen Delegirten; als Vertreter des Hauptvorstandes war Kamerad Bringmann aus Hamburg anwesend. Nachdem das Bureau aus den Kameraden Rubsch-Dresden, Rose-Leipzig und einem Kameraden aus dem Kreise der Dresdener Einzelmitglieder des Verbandes zusammen-gesetzt war, referirte Kamerad Bringmann über „Die Lage der Zimmerer Sachsens“. Er verwies darauf, daß die Lage der Zimmerer Sachsens als mit zu der schlechtesten in ganz Deutschland gehörig bezeichnet werden müsse; denn es gäbe noch Orte in Sachsen, wo den Zimmerleuten bei zwölfstündiger Arbeitszeit unter M. 2 Tagelohn gezahlt würde. Dies sei um so eigentümlicher, weil in Sachsen die Industrie weiter vorgeschritten sei als im übrigen Deutschland. Erklärlich sei diese traurige Erscheinung nur durch die mangelhafte Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation, die man unter den sächsischen Arbeitern im Allgemeinen, unter den Zimmerern aber noch in Besonderen beklagen müsse. Es seien freilich schon frühzeitig (1868) Versuche gemacht worden, die Zimmerer gewerkschaftlich zu organisiren; die polizeilichen Maßregeln wären viel schuld, daß diese Bewegung nicht gehörig in Gang gekommen sei; man dürfe aber auch nicht verschweigen, daß die Arbeiter, also auch unsere Kameraden in Sachsen, vielfach selbst mit schuld wären, daß die Organisation bisher noch nicht mehr Fortschritte gemacht hatte. Gerade die polizeilichen Maßregeln müßten uns zu größerer Energie und Ausdauer anspornen; denn nur dadurch würden diese Maßregeln mit der Zeit unterbleiben. Daß mit der gewerkschaftlichen Organisation auch in Sachsen viel erreicht werden könne, ließe sich nicht in Frage stellen; denn wo bisher die Kameraden, wie z. B. in Leipzig, zeitweilig dieses Mittel benutzt haben, sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen auch ganz erheblich zu unseren Gunsten beeinflusst worden. Es müsse daher die Aufgabe dieser Konferenz sein, für die Ausbreitung unserer Organisation zu sorgen. Nachdem sich noch die Kameraden Fritsche und Rose-Leipzig, sowie Jährig-Dresden und Baumgärtel-Plauen an der Diskussion über diesen Punkt betheiligt hatten, wurde auch der darauf folgende Punkt der Tagesordnung: „Organisation und Agitation“ mit zur Debatte gestellt, wozu dann alle Delegirten, und zwar wiederholt, das Wort ergriffen. Alle Redner waren sich darüber einig, daß Einrichtungen getroffen werden müssen, die es ermöglichen, daß eine engere Verbindung unter den Zimmerern Sachsens hergestellt wird. Dies wurde hauptsächlich damit begründet, daß auch im vorigen Jahre an mehreren Orten die Kameraden zur Organisation herangezogen worden waren, aber uns wieder verloren gegangen sind, weil eben keine nähere Verbindung bestanden habe. Zum dritten Punkt: „Anträge der verschiedenen Städte“ gingen folgende ein: 1. „Die Konferenz beauftragt die Delegirten, in ihren Orten und deren Umgegend dahin zu wirken, daß sich in den Orten, wo noch keine Organisation besteht, die Kameraden dem Verband deutscher Zimmerer als Einzelmitglieder anschließen, um die Zentralisation zu vervollständigen.“ 2. „Die Konferenz beauftragt die Delegirten, in ihren Orten und deren Umgegend dahin zu wirken, daß, wo es noch nicht geschehen, ein Vertrauensmann gewählt werde, welcher die öffentlichen Angelegenheiten zu regeln hat.“ 3. „Ein Agitationscomité zu wählen, welches die Organisation zu fördern hat.“ Sämmtliche Anträge wurden angenommen. Zum letzten Antrag wurde noch beschlossen: „Das Comité hat aus drei Mann zu bestehen; dasselbe hat seinen Sitz in Dresden und ist in nächster Zeit in einer öffentlichen Zimmererversammlung zu wählen. Das Comité ist materiell zu unterstützen; die Mittel dazu sind auf jede mögliche Art und Weise von den Zimmerern Sachsens aufzubringen. Wenn irgend möglich, hat das Comité hierzu einen Agitationsfonds zu gründen. Das Comité hat über seine Thätigkeit vierteljährlichen Bericht im „Zimmerer“ zu erstatten. Das Comité hat die nächste Landestkonferenz Ostern 1895 in Dresden einzuberufen.“

Sozialpolitisches.

Die deutsche Sozialdemokratie ist im Monat März mit M. 1421 Geld- und 3 Jahren, 5 Monaten, 3 Wochen und 3 Tagen Gefängnißstrafen beehrt worden.

Der eben wieder zusammengetretene Reichstag hat noch folgende Sachen zu erledigen: Die Steuer- und Finanzreform-Vorlagen, die Gesekentwürfe über Abzahlungs-geschäfte, über die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten, über Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen, über Schutz der Waarenbezeichnungen, über Abänderung der Konkursordnung, der Bericht über die Börsen-Untersuchungskommission, dazu zahlreiche Anträge aus dem Hause. Im Abgeordnetenhause besteht der noch rückständige Arbeitsstoff hauptsächlich in Folgendem: dem Gesekentwurf über die Landwirtschaftskammern, dem Abschluß der Statberathung, wobei namentlich die Eisenbahnverwaltung noch in zweiter Lesung zu erledigen ist, den Gesekentwürfen über Stadterweiterungen, Kalksalze, Abänderung der evangelischen Kirchengemeinde- und Synodalordnung, den Kanalvorlagen, ferner zahlreichen Anträgen aus dem Hause, unter welchen der Antrag Gabel's, betreffend Aufhebung der Staffeltarife und die

Interpellation Arendt über die Neuprägung von Reichsilbermünzen, besonderes Interesse erregen.

Sozialdemokratische Wahlsiege. Bei der am Donnerstag in Mülheim a. Rh. stattgehabten Wahl von sechs Weisigern zum Gewerbegericht aus dem Kreise der Arbeitnehmer siegten die Kandidaten der Sozialdemokratie mit 1043 Stimmen, auf die gemeinsamen Kandidaten des katholischen Arbeiter- und des evangelischen Männervereins fielen nur 558 Stimmen. In der Stadtgemeinde Kall, welche zwei Weisiger aus dem Stande der Arbeitnehmer zum Mülheimer Gewerbegericht zu wählen hatte, siegten ebenfalls die Sozialdemokraten.

Billige Arbeitskräfte. In der Nr. 2539 der Münchener „Friedenden Blätter“ steht folgende Annonce: „Zur Ausübung billiger Arbeitskräfte suche noch einige Maschinenarbeiter, Nähmaschinen stehen zur Verfügung.“ — Die „billigen“ Arbeitskräfte stehen dem Braven also zur Verfügung, die theueren Maschinen ebenfalls — es fehlt nur an Arbeit.

Der internationale Kongress für Arbeiterschuh, der im August in Zürich zusammentritt, wird jedenfalls eine ganze Woche tagen. Die Punkte der Tagesordnung sind: 1. Die Sonntagsarbeit. 2. Die Arbeit der Kinder und jungen Leute. 3. Die Arbeit der Frauen. 4. Die Arbeit der erwachsenen Männer. 5. Mittel und Wege zur Verwirklichung des Arbeiterchuhes. Das Organisationscomité besteht aus dem Ausschuss des Schweizerischen Arbeiterbundes, des Arbeiterssekretariats, Mitgliedern der katholischen Verbände, des Schweizerischen Grütlivereins und des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes — also eine ziemlich gemischte Gesellschaft. Die sozialdemokratische Partei Deutschlands hat es bekanntlich abgelehnt, an den Verhandlungen sich zu beteiligen; ein gleicher Beschluß wurde auf dem österreichischen Parteitag gefaßt.

Massenausweisung belgischer Sozialisten aus Frankreich. Man schreibt aus Paris unterm 28 März: Die Regierung hat, vom „neuen Geist“ befeuert, zu den Osterfeiertagen nicht weniger als 200 belgische Arbeiter aus Roubaix ausweisen lassen, gegen die kein anderes Verbrechen vorliegt, als Mitglieder der Arbeiterpartei zu sein und als solche weder dem Ausbeutertum noch seiner Exekutivkommission Perier, Raynal u. Komp. Weibrauch zu streuen. Würden sie, wie manch Andere, irgend einem pfäffischen Verein angehört oder sonstwie dem „neuen Geist“ gebuhigt haben, hätte man sie natürlich unbehelligt gelassen; denn der Reaktion dienen, heißt der Regierung dienen. Darum sprechen wohl auch die Bourgeoisblätter fast garnicht von dieser Massenausweisung. Als aber vor einiger Zeit hungernde französische Arbeiter im Pas de Calais dort beschäftigte belgische Arbeiter vertrieben, da war kein einziges dieser Blätter, die jetzt so männlich schweigen, das sich nicht in flammenden Artikeln gegen diese Austreibung erhoben und gleichzeitig allen Hohn über den Internationalismus der Arbeiter ausgegossen hätte, der nicht solche Exzesse zu hindern wußte. Jetzt aber, da in einer sozialistischen Stadt — unser Freund Carrette ist bekanntlich Bürgermeister von Roubaix — belgische Arbeiter, weit entfernt, ihren französischen Kameraden Konkurrenz zu machen, brüderlich vereint gegen den gemeinsamen Feind marschieren, sie nicht von hungernden französischen Arbeitern, sondern von der französischen Regierung, der Regierung der Satten, vertrieben werden, da finden sie kein Wort des Unmuthes, da haben all' diese Blätter plötzlich ihre Sprache eingebüßt. Sie, die ein so menschlich Rühren mit dem dem Ausbeutertum dienenden Belgiern fühlten, sie sind nun hart wie Stein, wo es sich um die Vertreibung klassenbewußter Arbeiter handelt. Was bei den um ihr Brot kämpfenden Pas-de-Calais Arbeitern ein Akt der Barbarei war, der nicht scharf genug geahndet werden konnte, wird eben, von der Regierung begangen, zu einem Akt hoher staatspolitischer Weisheit, vor dem sich Jeder zu beugen hat. So verlangt es die herrschende Moral, d. i. die Moral der herrschenden Klasse.

Aus Spanien bringen kapitalistische Zeitungen folgende Notiz:

„Madridische Berichte bringen ergreifende Schilderungen des in Andalusien herrschenden Elends, die es unbegreiflich erscheinen lassen, daß die liberale Regierung so lange säumte, die vor Monaten verheißenen Nothstandsbauten anzuordnen. Die Berichte lassen erkennen, daß es im Laufe der letzten Wochen an verschiedenen Orten zu Verzweiflungsausbrüchen der verhungerten Massen gekommen ist, von denen die Welt dank der sorgsamsten Telegraphenzensur nichts erfahren hat. Erst am Montag berichtete eine sehr wortfarge Madridische Drahtmeldung von Unruhen in Sanlucar, woselbst die Arbeitslosen die Bäckereien plünderten und plünderten. Wie sich jetzt herausstellt, war es schon am 8. März in Sanlucar zu Tumulten gekommen. Gaules Beschäftigungs- und Brotlocher durchzogen mit dem Rufe: „Wir wollen nicht Hungers sterben!“ die Straßen und verübten allerhand Gewaltthatigkeiten, bis die Stadtvertretung sich entschloß, durch einige Tage jedem Arbeitslosen 15 Centimes und 500 Grammm Brot zu verabreichen. Es war thatsächlich schon höchste Zeit, Etwas für die Unglücklichen zu thun, unter denen der Hungertod bereits seine Opfer gefordert hatte; ein junges Mädchen war den Entbehrungen erlegen, sein Bruder am Hungertypus erkrankt, sein Vater vor Hunger ohnmächtig auf der Straße zusammengebrochen. Und diese Fälle waren leider nicht vereinzelt. In Trebujana kam die Ortsbehörde dem Ausbruch von Unruhen dadurch zuvor,

daß sie die wohlhabenderen Gemeindegemeinschaften bestimmte, die Arbeitslosen aus ihren Mitteln zu erhalten, bis die Regierung Hilfe schaffen würde. In Barrios zogen die Arbeitslosen in Haufen vor das Stadthaus und verlangten Brot, indem sie nachwiesen, daß Viele von ihnen und ihre Familien dem Hungertode gegenüberstünden. In Bahara sorgte die Gemeindegemeinschaft eine Zeit lang für die Ernährung von 300 Arbeitslosen, aber schließlich waren ihre Mittel erschöpft und die Hilfe der Provinzialregierung in Cadix mußte angerufen werden. Die Nothstandsbauten, die nun endlich die Madridische Regierung angeordnet hat, werden das Elend in Andalusien nur theilweise und vorübergehend lindern; so lange seine Grundursache, die heillosen Eigentumsverhältnisse und die fast rechtlose Stellung der arbeitenden Klassen nicht beseitigt ist, wird jeder Winter die Wiederkehr des Hungers für viele Tausende arbeitender, aber unbeschäftigter Männer und deren Familien bringen. Diese Unglücklichen bilden ein unerschöpfliches Reservoir für den Anarchismus, den mit bloßen Gewaltmitteln auszurotten, nirgends weniger möglich ist, als in dem mit dem ungeliebten Erbe einer jahrhundertlangen Priesterherrschaft belasteten Spanien.“

Zu bemerken ist hierzu noch, daß Spanien ein von Natur sehr reich gesegnetes Land und verhältnismäßig dünn bevölkert ist. Die Noth und das Elend des Volkes sowie die Hungerrevolten sind also lediglich die Folgen des herrschenden Wirtschaftssystems.

Das russische Naphthakartell hatte gleich bei seiner Bildung ein Zusammengehen mit der amerikanischen Standard Oil Company in's Auge gefaßt und seine Vertreter beauftragt, mit der genannten Gesellschaft zu dem Behufe Verhandlungen einzuleiten. Wie russische Blätter jetzt melden, haben die Verhandlungen vorläufig das Ergebnis gehabt, daß im April dieses Jahres zu Paris ein Naphthakongress stattfinden wird, der von den Vertretern der russischen und amerikanischen Petroleumindustrie besetzt werden soll. Die interessirten Kreise hoffen, daß derselbe eine volle Verständigung über den Naphthaverkauf auf dem Weltmarkt herbeiführen wird. So wächst also das System der Industriekartelle immer mächtiger an, einigen Industriebeherrschern das Monopol der Versorgung der Bevölkerung der Welt mit den großen Massenartikeln in die Hände liefernd — eine Vorarbeit für die sozialistische Umgestaltung der Wirtschaftsordnung.

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

Wuth und Ausdauer wird niemals zu Schanden, so schreibt uns sehr richtig ein treuer Freund aus Hagnau in Schlesien. Nachdem wir paar Verbandskameraden uns drei Jahre hindurch mühselig über Wasser gehalten haben, sehen auch mehrere andere Kameraden ein, daß es so nicht mehr weiter gehen kann; sie kommen wieder zur alten Fahne und wir nehmen sie selbstredend mit Freuden auf. Wir zählen jetzt wieder so viel Mitglieder, daß wir einen Lokalverband bilden können und geben uns der Hoffnung hin, daß auch die uns noch fernstehenden Kameraden bald zur Vernunft kommen werden. Die große Berrüttung kam damals daher, daß der Lokalverband zehnstündige Arbeitszeit und 28 Pf. Stundenlohn forderte, dieses war den „Meistern“ und leider auch vielen Kameraden zu viel. Bei den „Meistern“ ist die Auflehnung gegen unsere Forderungen erklärlich, sie werden dabei sogar von ihren Frauen unterstützt, die sich von unserem sauren Schweiß hübsche Kleider und Hüte fertigen lassen; daß sich aber auch ein Theil unserer Kameraden gegen die Forderungen auflehnte, ist unverständlich und hatte zur Folge, daß wir weitere drei Jahre haben hungern und zusehen müssen, wie Andere unseren sauren Schweiß verpraßen. Lassen wir aber alles Gewesene aus dem Spiel, wenn nur die Einigkeit wieder hergestellt wird, dann läßt sich der Fehler bald wieder gut machen. Inzwischen muß ich noch auf Eins zurückkommen. Der Zimmermeister Kühn, der damals im Auftrage, oder besser „im Einverständnis mit seinen Kollegen“ an uns schrieb, daß sie unsere Forderungen ablehnten, „weil sie sich sonst von allen Arbeiten auf dem Lande ausschließen würden“, hat damals nur ein kleines Mandat ausgeführt, wie jetzt unsere Kameraden hier einsehen müssen. Denn trotz des ganz erbärmlichen Lohnes, der hier gezahlt wird und der langen Arbeitszeit, ist doch keine Arbeit vorhanden. Vielleicht stellt nächstens der Mann das Verlangen an uns, daß wir ganz umsonst arbeiten sollen, lediglich um Arbeit herbeizuschaffen. Hoffentlich lassen sich die Kameraden aber nicht wieder grüßlich machen und sehen ein, daß durch Hungerlöhne keineswegs mehr Arbeit geschaffen wird, sondern daß im Gegentheil die Geschäfte im Allgemeinen nur dann besser gehen können, wenn das Volk — und den größten Theil davon bilden wir Arbeiter — im Stande ist, mehr zu verzehren. Also hohe Löhne können nur auf die Geschäfte belebend wirken. Freutlich ist auch, daß sich die Maurer hier organisieren, dreißig Kameraden haben sich ihrem Verbandsangehörigen angeschlossen. So wird es uns bald möglich werden, eine Aufbesserung unserer Lage zu versuchen, zumal, wenn jeder organisirte Kamerad unablässig für unsere Organisation thätig ist.

In Freiburg im Breisgau befinden sich seit acht Tagen über 600 Maurer im Ausstande; an demselben beteiligen sich sowohl die Einheimischen als auch Fremde und ausländische Berufsgenossen. Der Ausstand ist heute ein allgemeiner; die Wenigen, welche noch in Arbeit standen, sind gleichfalls dem Streik beigetreten. Ursache des Streiks ist kurz die, daß,

nachdem die Meister bis auf einen die Forderung der Gesellen, die 10stündige Arbeitszeit einzuführen, bewilligt hatten, dieselben eine Woche später ihr gegebenes Wort brachen und verlangten, daß wieder 11 Stunden gearbeitet werde. Die Bauhütigkeit ist eine recht rege, so daß es innerhalb einer kurzen Frist möglich sein wird, den Kampf zu Gunsten der Arbeiterschaft durchzuführen.

Es geht daher an alle aufgeklärten Arbeiter, besonders an die im Süden Deutschlands und in den südlichen Nachbarstaaten wohnenden das Ersuchen, vornehmlich dafür zu sorgen, daß der Zugang ferngehalten wird. Die Ausstehenden bedürfen dringend der Hilfe. Alle Sendungen sind zu richten an: Joh. Trüßler, Hildstraße 5. Derselbe ertheilt gerne weitere Auskunft.

In den Streit sind die Bildhauer und Drechsler in Aschersleben eingetreten. Dort existieren drei Werkstätten, in denen Bildhauerarbeiten hergestellt werden; die Arbeits- und Lohnverhältnisse in denselben sind, wie die „Bildhauer-Zeitung“ berichtet, gerade nicht die besten. Es besteht eine Arbeitszeit von 11 Stunden pro Tag, außerdem wird fast regelmäßig Sonntags gearbeitet, bei einem wöchentlichen Lohn von M. 12—16. In der einen Bude ist halbe Kost und Logis beim Meister, die Kost ist zeitweise äußerst schlecht. Auch hat sich dieser Prinzipal ausgelassen, daß die Kollegen es sich für eine Ehre anrechnen könnten, mit ihm zusammen an einem Tisch zu sitzen. In der zweiten Bude haben die Kollegen neben schlechter Kost ein Logis, welches viel zu wünschen übrig läßt. In einem Schlafraum von circa 14 Kubikmeter Luft, also ungefähr 4 Meter lang, 2 Meter breit und 1,75 Meter hoch, müssen die drei Kollegen zubringen. In diesem unter dem Dache befindlichen Raum hängt ein Schränkchen, in welchem die Nahrungsmittel für die halbe Kost aufbewahrt werden. In der dritten Bude ist Kost und Logis außer dem Hause. Bei diesem Prinzipal handelt es sich nur um die Regelung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes. Die Bedingungen, die nun in allen Werkstätten gestellt wurden, sind folgende: Abschaffung von Kost und Logis beim Meister, zehnstündige Arbeitszeit, Minimallohn für Bildhauer M. 17 und für Drechsler M. 15. — Diese Forderungen sind gewiß nicht zu hoch, und man kann sich nur wundern, daß es die Ausbeuter darum zum Streit kommen ließen.

Wegen Mangel an Organisation mußten sich die Arbeiter der Herzer'schen Bau- und Paquetfabrik in Weimar einen Lohnabzug von 2 $\frac{1}{2}$ pro Stunde gefallen lassen. Bis jetzt wurden nur 20 — 27 $\frac{1}{2}$ pro Stunde gezahlt und dabei natürlich bis 16 Stunden gearbeitet. Es sind meist Tischler und Zimmerleute, die dort beschäftigt werden.

In München streiken die Modelltischler. Der Sieg ist ziemlich sicher.

Die Steinseher in Stettin haben die Arbeit bis auf drei Mann niedergelegt, weil sich dieselben der von den Innungsmeistern geplanten 20 pSt. und mehr betragenden Lohnherabsetzung nicht fügen wollen.

Die Maler zc. von Bremerhaven und Umgegend sind am Montag, den 2. April, in einen Streit eingetreten. Sie verlangen eine neunstündige Arbeitszeit mit einem Minimallohn von 45 $\frac{1}{2}$ pro Stunde.

Die Lohnbewegung der Münberger Schneider ist beendet. In allen Geschäften, in welchen Arbeiter im Ausstand waren, ist der vorgelegte Tarif bewilligt und unterschrieben; die Gehältnisse haben insolge dessen die Arbeit bereits wieder aufgenommen.

Der Verband der in der Kürschnerbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands hielt während der Osterfeiertage in Berlin seine zweite Generalversammlung ab. Dieselbe war von allen Filialen des Verbandes, sowie seitens der Richter von Hamburg, Schleuditz und Markranstädt besetzt. Auch die Militärmützenmacher Berlins waren durch einen Delegierten vertreten. Die Verhältnisse des Verbandes sind nach dem Berichte des Hauptvorsitzenden, Kobis, Hamburg, nicht besonders günstige, was sowohl auf die allgemeinen Verhältnisse, als auch im Besonderen auf den Austritt der Richter von Markranstädt zurückzuführen würde. Letztere haben einen eigenen Richterverband in's Leben gerufen, was wieder einmal zeigt, welchen Weg die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung eigentlich geht und in welcher Form die Industrieverbände als künstliches Ziel noch stehen. Der vom Kassirer Fritsch für die Zeit vom 1. April 1892 bis 17. März 1894 erstattete Rapportbericht ergab eine Einnahme in Höhe von M. 4783,97, eine Ausgabe in Höhe von M. 4084,42 und einen verbleibenden Bestand von M. 699,55. Hieran schloß sich der Bericht der Vertrauensmänner und des Ausschusses, und wurde dem Gesamtvorstande wie dem Kassirer Decharge ertheilt. Zur Verathung stand sodann die Frage, ob der Kongress aller in der Bekleidungsindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen besetzt werden solle. Auf demselben soll über die Gründung eines Industrieverbandes verhandelt werden und wurde demzufolge gleichzeitig die Frage des Beitritts zum eventuell zu gründenden Industrieverbande mit in die Verathung hineingezogen. Die Verathung war eine sehr eingehende und gingen die Meinungen auseinander. Unter den Gegnern des Industrieverbandes befand sich auch das Mitglied der General-Kommission Sabath. Derselbe wies darauf hin, daß man

in Deutschland förmlich an einem Gründungsstieber leide. Eine Organisationsform jage die andere und keine sei leistungsfähig. Die Gründung eines Industrieverbandes hielt er so lange für verfrüht, als die große Masse noch so indifferent, so unorganisiert sei, die Bedeutung der Zentralverbände so wenig begriffen habe. Boverit soll man den Zentralverband ausbauen und kräftigen. Das Resultat der Beratungen war, daß die Bescheidung des Kongresses der Bekleidungsindustrie beschlossen wurde. Jedoch soll die Frage des Beitritts zum Industrieverbande bezw. Auflösung des Zentralverbandes zunächst in den Filialen eingehend diskutiert und sodann darüber eine Urabstimmung herbeigeführt werden. Wenn nun auf der Generalversammlung die Meinungen schon weit auseinandergehen, dann wird die Diskussion in den Filialen, die gewissermaßen von oben aufgezwungen worden ist, erst recht ein Bild der Zerfahrenheit abgeben und die Gewerkschaftsbewegung keineswegs fördern. So bringt man die Organisation nicht etwa vorwärts.

Der Zentralverband deutscher Textilarbeiter und Arbeiterinnen hielt am 25. März in Hof in Bayern seine Generalversammlung ab, die von 48 Delegierten besucht war. Nach dem Rechenschaftsbericht des Vorstandes hatte der Verband vor 2 Jahren 3700 Mitglieder, jetzt sind es bereits 12000. Gegen Maßregelungen wurden M. 400, für einige Agitationstourer M. 929,98 und für Projektkosten M. 208 ausgegeben. Drei Flugblätter in je 100 000 Exemplaren gelangten zur Verbreitung. Vereinnahmt wurden vom 1. April 1892 bis 31. Dezember 1893 M. 38 027,36, ausgegeben für den „Textilarbeiter“ M. 23 068,74, für Streikunterstützungen M. 3270, an die Gewerkschaftskommission M. 1243,10, insgesamt M. 33 708,90, so daß M. 4317,46 Bestand verbleiben. — Die Situationsberichte sollen im Fachblatt abgedruckt werden, ebenso die vorgenommenen Änderungen des Statuts. — Für den befohlenen Geschäftsführer (Gehalt M. 1200) stimmen 37 Delegierte mit Ja, 3 mit Nein, 7 enthielten sich der Stimme. — Sodann wurde noch ein Statut über die einzuführende Reiseunterstützung angenommen. — Der „Textilarbeiter“ soll unter Berücksichtigung der verschiedenen Wünsche der Fachgenossen weiter in bisheriger Weise erscheinen. — Schließlich einigte man sich noch dahin, den geplanten internationalen Textilarbeiterkongreß in Manchester und den deutschen Kongreß für die Bekleidungsindustrie nicht zu beschicken.

Die Steinmehlen in Budapest sind in eine Bewegung zur Erreichung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen eingetreten.

Als Forderungen sind aufgestellt: „Achtstündige Arbeitszeit. Das Auf- und Abfahren der Steine soll durch Hilfsarbeiter besorgt werden. Einen Minimallohn von fl. 2,50 pro Tag, sowie Sicherung eines Minimal-Arbeitsdienstes von fl. 2,50. Ferner die Freigabe des 1. Mai als Arbeiterfeiertag.“

Bereits am 18. März hat eine Verhandlung der Gehälten mit den Arbeitgebern im Fachvereinslokale stattgefunden, jedoch wurde ein positives Resultat nicht erzielt. Ein Teil der Arbeitgeber, und unter ihnen maßgebende Personen, stehen den Forderungen der Gehälten nicht schroff gegenüber, das beweist schon, daß sie der Einladung in das ihnen so verhasste Vereinslokal folgten. Die größte Schwierigkeit wird den Arbeitern die Sicherung des Minimal-Arbeitsdienstes bereiten, sie sind jedoch nicht gewillt, nachzugeben, und ersuchen um weitgehendste Beteiligungen der Solidarität.

Adresse: F. Kapplinger, Steinmehl, Budapest, II. Apolda utca 14, Thür 13.

Auslandsstatistik. Einem ministeriellen Bericht zufolge betrug die Zahl der Streiks in England im vergangenen Jahre 638, und über 600 000 Personen waren daran beteiligt; soweit bekannt, siegten die Arbeiter in 229 Fällen für 400 000 Personen, während sie in 110 Fällen mit 140 000 Personen nur einen theilweisen Erfolg hatten, in 186 Fällen jedoch mit 70 000 Personen gänzlich unterlagen.

Gerichtliches.

Zur Warnung. Es ist eine allbekannte Sache, daß die Unterstützungskassen der Arbeitervereinigungen oft von Kassenmardern heimlich gesucht werden. Und dabei zeigen diese Leute in der Regel eine Dreistigkeit sondergleichen, weil sie meinen, daß darnach doch nichts weiter als ihr Ausschluß aus der betreffenden Vereinigung kommen könnte. Dieses ist durchaus nicht der Fall. Es liegt meist nur an der oft sehr verkehrt angebrachten Humanität der betreffenden Vorstände, daß diese Individuen nicht besser zur Rechenschaft gezogen werden. Möge daher folgender Fall, den wir der „Graphischen Presse“ entnehmen, dazu beitragen, daß auch auf diesem Gebiete bald Wandel geschaffen wird:

Stuttgart, den 1. März. (Vandgericht.) Wegen sechs Verbrechen der Fälschung von Privaturkunden, fünf Vergehen des Betrugs und eines weiteren des versuchten Betrugs wurde vorgeführt der 39 Jahre alte ledige Steinbruder Joh. Josef Ganter von Savigny (Schweiz), welcher von der Schweiz zureiste und mit einer Mitgliedskarte des schweizerischen Lithographenbundes, Sektion Winterthur, und einem Mitgliedsbuche des deutschen Genesfelderbundes, allgemeine Unterstützungsgeld- und Invalidenkasse, ausgestattet in Frankfurt a. M., versehen, herumreiste. Um sich höhere als die statutenmäßigen Unterstüßungen zu verschaffen, fälschte der Angeklagte die Einträge in den Ausweisen derart, daß es schien, als ob er weite Reisen von Hamburg, Königs-

berg, Breslau, Posen usw. hierher zurückgelegt hätte, und radirte die Einträge immer wieder aus, um sie durch neue zu ersetzen. Auf diese Weise erhielt er in Vahr, Straßburg, hier, Ludwigsburg, Karlsruhe Unterstüßungen in Beträgen von M. 8—20 ausbezahlt; im letzten Falle, zu Eßlingen, wo er M. 9 erheben wollte, wurde er festgenommen. Mit Rücksicht auf den Mißbrauch einer sehr wohlthätigen Einrichtung und seine in der Schweiz entstandenen, sehr erheblichen Vorstrafen wurde der Angeklagte zu einer Zuchthausstrafe von 1 Jahr 6 Monaten verurtheilt.

Zu Gefängnisstrafen von drei bis sechs Wochen wurden am 30. März vier Arbeiter Heilbronn vom dortigen Schwurgericht verurtheilt. Ihr Vergehen bestand darin, daß sie durch Flugblätter und auch mündlich einem Brauereidirektor die Verhängung und Durchführung eines Boykotts in Aussicht gestellt hatten, wenn er nicht bestimmte Bedingungen (Wiedereinstellung entlassener Brauer) erfülle. Dies Vergehen wurde als versuchte Erpressung angesehen und verfolgt.

Groben Unfug soll der Strumpfwirker Gneupel in Zeulenroda befangen haben durch eine Todesanzeige seiner Frau in einem dortigen Blatte.

In derselben hieß es u. A., daß seine Frau „ruhig und ohne Begehren nach himmlisch erträumter Seligkeit“ verchieden sei, ferner „der sich selbst tröstende Gatte“. Hierin erblickte die Staatsanwaltschaft groben Unfug und vom Schöffengericht wurde Gneupel zu M. 10, der mitangeklagte Buchdruckereibesitzer Oberreuter zu M. 20 Geldstrafe verurtheilt. Der Amtsanwalt hatte gegen G. 14 Tage Gefängnis beantragt. — Nur gut, daß der famose Unfugparagraf existirt; mit diesem ist es den Gerichten doch möglich, alle Vergehen, die durch die engen Maschen der Gesetzgebung durchzuschlüpfen vermögen, zu treffen.

Bermischtes.

Prügelstrafen sind nicht nur in Deutsch-Ostafrika, sondern auch hier in Deutschland selbst noch an der Tagesordnung. Im „Lehrbuch der Gefängniskunde“, welches der preussischen Strafanstaltsdirektor Krone zum Verfasser hat, werden geradezu empörende Einzelheiten über Disziplinarstrafen mitgeteilt. Da erfahren wir, daß in dem zehnjährigen Zeitraum vom 1. April 1877 bis 1. April 1887 in Preußen noch 1342 Fälle körperlicher Züchtigung von Zuchthausgefangenen vorkamen. Diese Strafe wird in den Anstalten derart vollzogen, daß der zu Bestrafende mit Händen und Füßen in einen Bod geschnallt wird, so daß der für die Prügel bestimmte entblößte Körpertheil straff gespannt ist. Mit dem Stocke, dem Strick oder der Peitsche, richtiger Knute, die aus einer Anzahl Lederriemen besteht, werden bis zu 60 Streichen verabreicht. „Wird mit dem Strick oder der Peitsche“ — so lesen wir bei Krone — „ordnangsmäßig angeschlagen, so muß beim fünften Hiebe die angespannte Haut platzen und jeder folgende Hieb klatscht in die blutige Masse!... bis je nach Zahl der Hiebe der ganze Körpertheil zu Drei geschlagen ist... Jeder wichtige Hieb mit einer solchen Peitsche auf ein tannenes Brett hinterläßt eine Rinne und zertrümmert ein halbzölliges tannenes Brett nach den ersten Schlägen.“

Tropdem bleibt Deutschland das Land der Gottesfurcht und frommen Sitte.

Ein rührendes Beispiel von Solidaritätsgefühl wird aus Wien gemeldet. In einer dortigen Lampenfabrik ist ein Streik ausgebrochen. Vor einigen Tagen erkrankte ein alter Arbeiter, welcher schon 34 Jahre in dem betreffenden Geschäft thätig ist. Begeistert hatte er sich seinen Kollegen angeschlossen, unerschütterlich hatte er zum kräftigen Aushalten aufgefordert, und als er schon die kalte Hand des Todes verspürte, als er fühlte, daß er abgehen müsse in jenes „bessere Jenseits“, von dem man uns so rührende Geschichten erzählt, da waren seine letzten Worte eine Aufforderung an seinen ebenfalls in der Fabrik beschäftigten Sohn, kein Verräther an seinen Kollegen zu werden. Josef, werde kein Streikbrecher! rief er aus und dann sank er zurück, um seine im Dienste des Kapitals schwach gewordenen Augen für immer zu schließen.

Ein Gedenktag. Am 5. April 1794 endeten Danton und Camille Desmoulins mit einem großen Theil ihrer Freunde in Paris auf dem Schaffot — Opfer der Kurzsichtigkeit und Eifersucht des beschränkten Revolutionsdoktrinärs Robespierre, der die Führer der „Cordeliers“ als schuldig des „Moderantismus“, d. h. zu großer Mäßigung, köpfen ließ, nachdem er vierzehn Tage vorher die Hebertisten wegen des Gegentheils, als zu revolutionär hatte hinrichten lassen. Er allein kannte die „richtige Mittelstraße“ und ging sie so richtig, daß er, ehe 5 Monate verstrichen waren, selber auf's Blutgerüst geschleppt ward.

Leider hatte Robespierre Zeit gehabt, die Revolution zwar nicht zu Grunde zu richten — das konnte er nicht und konnte Niemand — aber das Menschenmögliche zu thun, daß sie zu Grunde gerichtet ward.

In seinem Unfehlbarkeitsdünkel und seiner bornirten Rechtsaberei hatte er die Republik ihrer besten Kräfte beraubt, und der 9. Thermidor, der ihm den Tod brachte, fand die Republik schutzlos und überlieferte sie ihren Feinden.

Das muß das Schicksal jeder Bewegung sein, die sich — wenn auch nur für einige Zeit — von einer einzelnen Person abhängig macht.

Literarisches.

Bei allen Parteitesten, bei den von Vereinen und Gewerkschaften veranstalteten Vergnügungen, Stiftungsfeiern u. dergl. hat sich stets ein Mangel an kurzen, leicht darstellbaren Theaterstücken fühlbar gemacht. Entweder stellen diese Stücke zu große Ansprüche an die technische Ausstattung oder sie erfordern zu viele geübte Darsteller, nicht selten auch steht die Tendenz mit dem Geiste in Widerspruch, der an unseren Festen herrschen soll. Bei einem anderen Theile der z. B. vorhandenen Stücke ist die sozialdemokratische Tendenz so plump und geschmacklos übertrieben aufgetragen, daß sie ihren Zweck: propagandistisch für unsere Ideen zu wirken, das Interesse für unsere Sache bei Laien und Gleichgültigen zu wecken, die Frauenwelt für uns zu gewinnen, vollständig verfehlen.

Um nun diesem Bedürfnis entgegenzukommen und die kleine Zahl der heute vorhandenen guten Theaterstücke für Arbeiterfeste zu vermehren, beabsichtigt die Buchhandlung des „Vorwärts“ eine Sammlung sozialistischer Theaterstücke herauszugeben. Zwei Stücke sind bereits erschienen und zur bevorstehenden Waisfeier zu empfehlen: Die Tochter des Staatsanwalts, Schwank in 1 Akt von Max Regel. Preis: einzeln 30 M.; Porto 3 M.; als Rollen nötige 10 Exemplare M. 2,50, Porto 10 M. Wieder ein Kämpfer! Charakterbild aus dem Arbeiterleben von W. Krause. Preis: einzeln 30 M.; Porto 3 M.; als Rollen nötige 7 Exemplare M. 1,80, Porto 10 M. Zu beziehen durch die Buchhandlung des „Vorwärts“, Berlin SW., Beuthstraße 2.

Heft 3 des Volks-Lexikon, herausgegeben von Emanuel Wurm; Verlag von W. Bräunlein & Comp., Nürnberg, ist soeben erschienen und enthält folgende größere Artikel: Aktiengesellschaft, Alchemie, Algen (mit Abbildungen), Algerien, Alimente, Alkalimetalle, Alkalische Erdmetalle, Alkalische, Alkohole, Alkoholisimus. — Alle 14 Tage erscheint ein Heft.

Abrechnung

vom

Agitations- und Unterstützungsfonds

der

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bimmerer

vom 1. Januar bis 31. März.

Einnahme.

- Kassenbestand am 1. Januar M. 1929,39, Achern —,90, Altona 1,70, Augsburg —,50, Bergedorf —,90, Berlin I 4,20, Berlin II 19,—, Berlin III 30,—, Berlin IV 23,—, Bernburg —,70, Bochum 2,70, Braunschweig —,20, Bredow —,40, Bremen —,60, Breslau 1,10, Bulach —,50, Calbe —,70, Cammin 1,40, Cassel 1,80, Celle 2,80, Charlottenburg 2,—, Chemnitz 2,80, Cölbe 1,20, Cöpenick —,40, Danzig —,80, Delmenhorst —,40, Doberan —,40, Dödenhuden 2,90, Dortmund 1,80, Dresden I 4,40, Dresden II 3,20, Duisburg 1,70, Düsseldorf —,30, Elmshorn —,50, Erfurt 3,70, Essen 4,—, Freiburg —,90, Friedrichshagen 1,—, Fürth —,80, Gaarden —,80, Gabelbusch —,30, Gelsenkirchen 1,10, Goslar —,30, Görlitz 2,—, Groß-Flottb. —,80, Groß-Ottersleben 1,90, Güstrow —,40, Halle —,60, Hamburg I 3,50, Hamburg II 3,40, Hamburg IV 5,20, Hamburg-Eppendorf —,30, Hannover I 6,40, Hannover II 11,—, Hannover-Vindon 1,—, Harburg 4,30, Heilberg 2,—, Heilbrunnfeld —,70, Heilbronn 1,40, Hildesheim 1,—, Hirschberg 2,50, Hohenleina —,20, Karlsruhe —,50, Kiel 12,—, Kirchheim —,90, Köln 2,60, Königsberg 1,50, Kröpelin 7,—, Laage —,40, Langenbiebach —,90, Lauenburg —,50, Lese-Gestemünde 1,—, Leipzig I 1,—, Leipzig II 1,—, Leipzig III —,90, Lößnitz —,10, Ludwigshafen 1,40, Lübeck 1,40, Lüneburg —,90, Mainz 2,—, Malchin —,10, Mannheim 5,40, Mariendorf 4,80, Remel —,60, Mülhausen 2,50, München 1,40, Neubrandenburg —,50, Neu-Wöckern —,50, Nomawitz 2,20, Ohlau 1,60, Osnabrück —,90, Ottensen —,60, Pasewalk 1,50, Pinneberg 1,20, Potsdam —,20, Preetz 1,—, Rostock 7,20, Ruhrodt —,30, Schlaben —,70, Schöneberg 2,10, Schräb 2,50, Segeberg —,70, Solingen 1,50, Spandau 2,20, Steglitz 3,—, Steinbeck —,90, Sternberg —,70, Steuten 4,30, Straßberg 2,—, Stuttgart 4,80, Thorn 2,60, Verden 1,30, Warin 1,40, Warnemünde 2,10, Weinheim 2,40, Weisensee 3,—, Wiesbaden —,40, Witt —,80, Wilhelmshaven 2,30, Wilmersdorf —,30, Würzburg —,50, Wuidau —,50, Weigand (86) 1,30, Pirmaisen (ohne Abrechn.) 2,30, Nitzdorf (ohne Abrechn.) 1,70, Hagen (ohne Abrechn.) —,10, Nürnberg (ohne Abrechn.) 1,30, Meiningen (ohne Abrechn.) 3,—, Zinnen 54,61, Bieth (11063) —,20, Grabowski (8689) —,20, Würzburg (ohne Abrechn.) —,50, Heilberg (ohne Abrechn.) 3,—, Pantelmann (8027) —,40, Dierts (13514) —,30. Summa M. 2286,70.

Ausgabe.

- An König-Dresden M. 25,—, an Pyrali-Schwerin 25,—, an Frau Jäger-Stuttgart 25,—, 15 000 Marken 20,—, 300 Markenbücher 36,—, in Sachen der Berliner Charité M. 15,—, Porto-Auslagen laut Buch 7,09, an Mortell-Hamburg 50,—, an Wittwe Trugel-Berlin 25,—, in Sachen Danzig 10,—, Kassenbestand am 31. März 1894 2048,61. Summa M. 2286,70.

Revidirt und für richtig befunden durch:
J. Wirth, F. Blumenthal, C. Keller.

Bekanntmachungen

der

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer.

(Eingeschriebene Hülfskasse Nr. 2 in Hamburg).

Vom 1. bis 31. März erhielt die Hauptverwaltung aus den örtlichen Verwaltungen:

Mitlingen M. 20, Berlin III 400, Bremen 100, Celle 80, Dackenhuden 100, Elmshorn 60, Fürth 34,74, Gaarden 60, Geesthacht 10,50, Hamburg I 100, Hamburg III 200, Hamburg IV 100, Hamburg-Eppendorf 100, Hamburg-Hamm 150, Hannover I 100, Hermannsburg 20, Höchst 19,85, Kalkberge-Rüdersdorf 45, Langendiebach 100, Leipzig III 200, Lübeck 70, Memel 60, Offenbach 60, Ohlau 50, Schwerin 100, Spandau 100, Stettin 200, Stralsund 30, Tremessen 12, Verden 70, Wartin 50, Wit 40. Summa M. 2842,09.

Zuschüsse erhielten die örtlichen Verwaltungen:

Altona M. 200, Bayreuth 100, Berlin III 400, Berlin IV 200, Bochum 240, Boizenburg 163, Bredow 100, Breslau 100, Bruel 100, Cammin 110, Cannstatt 100, Celle 100, Charlottenburg 100, Delmenhorst 30, Doberan 100, Dortmund 50, Ederndorfe 50, Erfurt 100, Forbach 60, Frankfurt a. O. 50, Freiburg 200, Friedrichshagen 36, Hanau 120, Heibingsfeld 50, Hirschberg 18, Kaiserlautern 250, Kaitz 40, Kirchheim 163, Leipzig II 100, Magdeburg 200, Meiningen 60, Mülheim a. Rh. 30, München 100, Neumünster 50, Preetz 80, Rostock 50, Schröck 50, Straußberg 50, Thorn 30, Wandsbek 150, Weinheim 70, Weiskensee 50, Wiesbaden 50, Wilhelmshaven 150, Würzburg 75. Summa M. 4675.

J. Wirth, Hauptkassirer, Hamburg-Gilbed, Jungmannstraße 22.

Gelder sind nur an Obigen zu senden.

Berichtigung.

Im Januar waren M. 75 Zuschuß für Ohlau verzeichnet, diese sollen für Achern sein.

Zur Beachtung!

Gelder die nach dem 1. April an die Hauptkasse gesandt werden, müssen für das zweite Quartal gebucht werden.

Rechnungsabluß

der

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer für das Jahr 1893.

Einnahme.

Rassenbestand am 1. Januar 1893	M.	15 967,81
Zinsen	"	2 034,73
Eintrittsgelder	"	6 261,60
Beiträge	"	192 914,75
Erfahleleistungen v. Berufsgeoffenshaften usw.	"	1 941,36
Zurückgezogene Kapitalien	"	23 150,—
Sonstige Einnahmen	"	8 424,65
Summe	M.	250 694,90

Ausgabe.

Für ärztliche Behandlung	M.	30 071,59
Für Arznei und sonstige Heilmittel	"	19 561,91
Krankengeld:		
a) an Mitglieder	"	113 527,71
b) an Angehörige der Mitglieder	"	1 442,10
Unterstützung an Wöchnerinnen	"	427,—
Sterbegelder	"	7 166,60
Kur- u. Verpflegungskosten an Krankenanstalt	"	15 100,24
Zurückgezahlte Beiträge und Eintrittsgelder	"	55,26
Angelegte Kapitalien	"	21 257,66
Verwaltungskosten: a) persönliche	"	15 672,11
b) sachliche	"	8 306,91
Sonstige Ausgaben	"	2 353,45
Summe	M.	234 942,54

Bilanz.

Einnahmen	M.	250 694,90
Ausgaben	"	234 942,54

Rassenbestand M. 15 752,36

Reservefonds " 59 246,21

Gesamt-Vermögen am Schluß des Jahres 1893. M. 74 998,57.

Die Zahl der Mitglieder betrug am Schluß des Jahres in 180 Verwaltungen: 8341 männliche und 317 weibliche, zusammen 8658 Mitglieder.

Zunahme im vorigen Jahre: 1169 männliche und 17 weibliche, zusammen 1186 Mitglieder.

Die spezifizirte Jahresabrechnung erscheint in circa drei Wochen und wird diese auf Wunsch auch Nichtmitgliedern zugesandt.

Neue Verwaltungsstellen sind errichtet in:

Tremessen. Kassirer: J. Kaufmann.
Geestmünde. Kassirer: G. Rüscher, Schillerstr. 28, p.
Geesthacht. Kassirer: S. Martens, Str. Bergstr. 12.
Bedlitzfelde. Kassirer: W. Haaf.
Rathenow. Kassirer: F. Döbel, Jägerstr. 71.
Flehöe. F. Bädcker, Sandkuhle 36.

Die Zahl der Verwaltungsstellen beträgt demnach 186.

In den letzten eingesandten Quartalsabrechnungen fehlten vielfach die Anzahl der Krankentage, diese dürfen nicht vergessen werden.

Es sind nur diejenigen Krankentage zu zählen, für welche Krankengeld bezahlt worden, also für die in Krankenhäusern Untergebrachten auch die Sonntage.

Der Vorstand.

Briefkasten der Redaktion.

* Dieser Nummer liegt das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission für die Lokal-Vorstände resp. Vertrauensleute bei.

Die Einsender der Versammlungsberichte müssen wir schon wieder ermahnen, das Papier nur auf einer Seite zu beschreiben, die Briefe genügend zu frankieren und ihre volle Adresse mit anzugeben. Auch die Vorstehenden sollten darauf achten, daß Schriftführer, die diesen Posten zum ersten Mal versehen, gehörig instruiert werden.

Dortmund, F. S. Von hier wird jedenfalls Kamerad Schrader anwesend sein, derselbe wird noch brieflich Nachricht geben.

Berichtungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden Berichtungs-Anzeigen bis zu 3 Zeilen Raum unentgeltlich aufgenommen.)

Barmen. Sonntag, den 22. April, bei Wälsing, Oberdörner- und Rogigerstraßen-Ecke.

Charlottenburg. Dienstag, den 17. April, bei Krause, Bismarckstr. 74.

Danzig. Dienstag, den 17. April, Breitegasse 42.

Dortmund. Donnerstag, den 19. April, im Vereinslokal.

Frankfurt a. M. Donnerstag, den 19. April.

Goslar. Sonnabend, den 21. April, bei Wollentin.

Gelsenkirchen. Sonnabend, den 21. April, Abends 8 Uhr, bei Schoben.

Hamburg. Dienstag, den 17. April, im Engl. Tivoli, Kirchenallee, St. Georg.

Halberstadt. Dienstag, den 17. April, in Ballmann's Lokal, Vatenstr. 63.

Lübeck. Dienstag, den 17. April, Abends 8 1/2 Uhr, bei Sparmann, Hundestr. 102.

Ludwigshafen. Jeden Sonnabend, Abends 8 Uhr, bei Peter Schulz, Friesenheimerstr. 47.

Münster i. W. Sonntag, den 22. April, im Vereinslokal, Försterstr. 37.

Neubrandenburg. Sonntag, den 22. April, Pfaffenstr. 29.

Spandau. Dienstag, den 17. April, Abends 8 Uhr, bei Mehls, Charlottenstr. 19.

Anzeigen.

(Laut Beschluß der Generalversammlung wird den Anzeigen der Kostenpreis in Klammern beigegeben. Wir eruchen nun, ohne weitere Aufforderung das Geld in Briefmarken unter der Adresse A. Bringmann, Hamburg-Warmbeck, Fehlerstraße 28, 1. Et., einzusenden. Von Zeit zu Zeit werden wir dann öffentlich darüber quittiren; dadurch werden ganz erhebliche Unkosten und auch ein groß Theil Arbeit gespart.)

Todes-Anzeige.

Am 30. März verschied infolge eines Unfalls nach schweren Leiden im Alter von 63 Jahren unser bisheriges Verbandsmitglied

Franz König.

Ein bleibendes Andenken bewahrt ihm

[3.60] Der Lokalverband Breslau.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer

(E. S. Nr. 2).

Verwaltungsstelle Hamburg.

Mitglieder-Versammlung

am 21. April, Abends 8 1/2 Uhr,

im Lokale des Herrn Viet, Große Rosenstr. 37.

Tagesordnung:

1. Vierteljährliche Abrechnung.
2. Wahl eines Vertrauensmannes.
3. Berichterstattung der Delegirten vom Sanitätsverein.
4. Verschiedenes.

[M. 1,50] Der Vorstand.

Lokalverband Dortmund.

General-Versammlung

am 18. April, Abends 8 Uhr,

im Vereinslokal, Münsterstraße 5.

Tagesordnung:

1. Wahl eines 1. Kassirers.
2. Verlegung des Verbandslokals.
3. Verschiedenes.

[M. 1,10] Der Vorstand.

Öffentliche Versammlung

der

Zimmerer von Bremen u. Umgegend

am Mittwoch, den 18. April, Abends 8 Uhr,

auf der Herberge.

Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Zimmerers, in dieser Versammlung zu erscheinen. [M. 1,10] Der Einberufer.

Lokalverband Charlottenburg.

Sonntag, den 15. April, Vormittags 10 Uhr, Bismarckstraße 80, „Bismarckhöhe“:

Öffentl. Zimmerer-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Zweck und Nutzen der Gewerkschafts-Organisation.
2. Diskussion.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist nothwendig. [M. 1,20] Der Vorstand.

Lokalverband Hamburg.

Für die Bezirke St. Pauli und St. Georg sind die Kassirerposten zu besetzen. Reflektanten wollen sich beim Vorstand melden. [M. 1,50]

Wohne vom 10. April ab:

Warmbeck, Wohldorferstraße 9, II.

Das Bureau der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer befindet sich nach wie vor:

Gilbed, Jungmannstraße 22.

[M. 1,80] Oscar Niemeier.

Berlin.

Meine Wohnung ist jetzt:

Velle-Allianzstraße 79, v. IV.

[M. 1,50] S. Eisner, Lokalkassirer.

Betriebslokale, Herbergen usw.

(Jahres-Inserat unter dieser Rubrik nebst Gratis-Abonnement gegen Einsendung von M. 8.)

Berlin N. Chr. Hilgenfeld, Bergstr. 60, Restauration, Arbeitsvermittlung und Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer

— W. Hipple, Markusstraße 14, Eingang Grünerweg, Arbeitsvermittlung, Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse der Zimmerer.

— Julius Raumann, W., Kuhlstr. 36, Restauration, Arbeitsvermittlung, Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse der Zimmerer.

Bergedorf. Zentralherberge und Betriebslokal bei Joh. Bez, Löpfertwiete 8.

Breslau. Betriebslokal und Zahlstelle des Verbandes und der Zentral-Krankenkasse: Herrenstr. 19, Brauerei, Zentralherberge „In den drei Tauben“, Neumarkt 8.

Charlottenburg. Jeden Dienstag nach dem 1. und 15. jedes Monats: Versammlung, Betriebslokal sowie Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer beim Kameraden S. Krause, Bismarckstr. 74.

Danzig. Vereins- und Betriebslokal (Privatlokal) des Lokalverbandes, Breitegasse 42. Dasselbe ist nur Abends von 6 Uhr ab geöffnet.

Dresden. Herberge und Betriebslokal befindet sich im „Gasthof zum goldenen Faß“, Münzstraße 3. Dortselbst ist auch jeden Sonnabend Kassenabend für Verbandsmitglieder. An- und Abmeldungen werden nur dort oder in der Wohnung des Unterzeichneten entgegen genommen. Hermann Jährg, Tiefstr. 6, IV.

— Rehl's Restaurant, Mittelstr. 6. Jeden Sonnabend Kassenabend der Zentralkrankenkasse und des Verbandes, sowie Aufnahme neuer Mitglieder.

Düsseldorf. „Neue Welt“, Flingerstraße 37/39, Krankenkassen- und Verbandslokal, sowie Zentralherberge.

Hamburg. Zentralherberge: Bid (vormals Diehl), Große Rosenstraße 37.

Hamburg-St. Georg. Aug. Bräsecke, Steinthorweg 2, Keller.

Hamburg-Eimsbüttel. Fr. Lemde, Betriebslokal Velle-Allianzstr. 49.

Hamburg-Gilbed. D. Niemeier, Wandsbeker Chaussee Nr. 155, Haus 3, 2. Et. Vermietung von Zimmererwerkzeug.

Hamburg-Warmbeck. Betriebslokal für Zimmerer, Rud. Ellerbrock, Hamburgerstraße 134, gegenüber der Elbstraße.

Hannover. Versammlungslokal bei Bolte, Neuestr. 27, Zentralherberge bei Klingfink, Ballhofstr. 1.

Harburg. Versammlungslokal der Zimmerer u. Zentralherberge bei Herrn Wäffenhop, erste Bergstraße 7.

Kellinghusen. Herberge und Vereinslokal: S. Wrage, Volkshalle.

Leipzig. Betriebslokal und Arbeitsnachweis bei Winter, Restauration, Universitätsstr. 6, Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse, Universitätskeller, Ritterstr. 7. Herberge Kl. Fleischergasse, J. Neubauer's Restaurant.

Lübeck. Betriebslokal: Fr. Sparmann, Hundestr. 101. Arb.-Nachw.: W. Hornemann, Schumacherstr. 5/16.

Rostock. Betriebslokal für die Verbandsmitglieder und Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse bei W. Marien, Beguinenberg 10.

Spandau. Zimmererherberge und Betriebslokal bei R. Schulz, Adamstraße 9.

Stettin. Betriebslokal, Logirhaus, Zahlstelle des Verbandes deutscher Zimmerleute und Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse bei Fr. Harroth, Bogislavstr. 22.

Stuttgart. Betriebslokal und Zahlstelle des Verbandes und der Zentral-Krankenkasse, Holzstraße 18, Zentralherberge, „Gasthaus zum Hirsch“, Hirschstraße 14.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.